

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Verbandsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5446 u. 5447.

Nummer 31

Berlin, den 1. August 1931

6. Jahrgang

Planmäßige Wirtschaftsführung das Gebot der Stunde

Die Vorgänge der letzten Monate in Deutschland, Österreich und anderen Ländern lassen mit aller Schärfe die Brüchigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems hervortreten. Man kann von einem Bankrott der privaten Wirtschaftsführung reden. Es war Mode geworden, über die öffentliche Wirtschaft die tollsten Verleumdungen in die Welt zu setzen. Jede Schwierigkeiten einer gemeinnützigen Unternehmung wurde aufgebauscht, um zu zeigen, daß das sogenannte marxistische System gründlich versagt habe. Obwohl der Marxismus mit allerlei Dingen gar nichts zu tun hat, wurde er für alles verantwortlich gemacht. Dies war nur möglich, weil die große Masse weder vom Marxismus, noch von der Wirtschaft etwas versteht. Dagegen wurde das selbstverantwortliche Unternehmertum, die Mission der sogenannten Wirtschaftsführer in den Himmel gehoben und über den grünen Alee gelobt. Die Zusammenbrüche der letzten Zeit haben gezeigt, daß der Kapitalismus alles andere als eine wünschenswerte Wirtschaftsordnung darstellen kann. Wir befinden uns gegenwärtig auf dem Schnittpunkt einer geschichtlichen Epoche, wo unter Versten und Krachen, unter Opfern und Verlusten der Hochkapitalismus in eine neue Wirtschaftsordnung überzugehen sich ansetzt.

Von den Zusammenbrüchen sind vor allen Dingen die bei der Norddeutschen Wollkammerei und bei der Danabank bemerkenswert. Der Zusammenbruch der österreichischen Credit-Anstalt hat das Vertrauen zur mitteleuropäischen Wirtschaft sehr erschüttert. Die Kreditentziehungen von Deutschland nahmen zu. Doch glaubte man nicht, daß ein Institut wie die Darmstädter und Nationalbank von diesem allgemeinen Mißtrauen so erfaßt würde, daß es seine Schalter schließen mußte. Der Zusammenbruch der Danabank hat den Nimbus, der über die Großbanken im Volke verbreitet war, verwischt. Die Großbanken haben seit Jahrzehnten hindurch die erste Geige in der Wirtschaft gespielt. Das Volk ging an den prächtigen Bankpalästen in der City der Großstädte ehrfürchtig vorüber. In diesen Monumentalbauten, wo nach Lombard die Genesnis der modernen Volkswirtschaft herrscht, begeben sich die höchsten Würdenträger des Staates auf den Korridoren, aber sie haben in diesen Räumen nichts zu befehlen, in denen Könige antischambrieren, um sich den Entscheid über Leben und Sterben zu holen. So war es einmal. Heute muß der Staat eingreifen, um derartige Institute vor dem vollständigen Verfall zu retten. In Österreich sowohl wie in Deutschland muß die Deffektivität mit ihrem Vermögen die kapitalistische Pleite auszugleichen versuchen. Der Danabank ist die Schröderbank in Bremen gefolgt. Auch sie mußte die Schalter schließen, weil sie in Schwierigkeiten geraten war. Es mag als eine Tragik erscheinen, daß gerade diese beiden Bankinstitute zusammenbrechen, in denen noch so etwas wie ein verantwortlicher Unternehmergeist gewaltet hat. Die Zusammenbrüche dieser beiden Banken hängen sehr eng zusammen mit dem Bankrott des Nordwollekonzerns. Die Gebrüder Lahusen sitzen jetzt hinter Schloß und Riegel. Ihre Schuld scheint als erwiesen zu gelten. Diesen großen Stürzen in der Privatwirtschaft waren eine Reihe anderer vorangegangen. Wir erwähnen nur den Zusammenbruch des Frankfurter Versicherungskonzerns, der Hugenbergschen Ostbank für Handel und Gewerbe, um nur einige herauszugreifen.

Wir wollen uns über Einzelheiten der kapitalistischen Mißwirtschaft nicht weiter verbreiten. Es genügt festzustellen, daß Institute ins Wanken geraten sind, deren Geschäftsführung das größte Vertrauen genoß. Das Bürgertum steht vor einem Rätsel. Wir, die wir niemals an die Gottähnlichkeit der großen Wirtschaftsführer geglaubt haben, sehen in diesen Dingen nichts Außergewöhnliches. Es obliegt uns aber, daraus die nötigen Schlüsse zu ziehen. Eine Erscheinung gilt es zu beachten: Die staatliche Gewalt im Wirtschaftsleben tritt immer stärker in den Vordergrund. Wo ein Industrieunternehmen oder ein Bankhaus zu krachen beginnt, ruft man den Vater Staat. Die Allgemeinheit soll da helfend eingreifen, wo die Kunst der Privatwirtschaft versagt. Man nennt dies eine Sozialisierung der Pleite oder des Defizits. Die Herren Wirtschaftsführer scheinen zu glauben, daß der Privatunternehmer den Rahm von den Wirtschaftsergebnissen abschöpfen soll und bei Pleiten die Allgemeinheit einzupringen hat. Für eine solche Rolle muß sich der Staat bedanken.

Die Gewerkschaften haben auf diese Dinge schon früher hingewiesen und die notwendigen Konsequenzen gezogen. Sie sind der Meinung, daß die kapitalistische Wirtschaft einer Korrektur bedarf. Es müssen Institutionen der Wirtschaftskontrolle und der Wirtschaftsentwicklung in das Gebäude der kapitalistischen Wirtschaft eingebaut werden. Der Genosse Raphael hat als Kenner dieses Stoffes kürzlich Forderungen aufgestellt: Gründliche Reform des Aktienrechts, Verwirklichung einer Aktienreform, die geeignet ist, die Mißstände im deutschen Aktienwesen zu beseitigen. Damit muß eine Verschärfung der Verantwortlichkeit und der Regelpflichten von Vorstand und Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften verbunden sein. Die Reform des Aktienrechts soll weiter die Einführung der Pflichtrevisionen durch öffentliche Stellen gewährleisten. Ferner müssen die

Publizitätsvorschriften bei den Aktiengesellschaften verschärft werden. Sie sind zu ergänzen durch die Verpflichtung der vollen Veröffentlichung aller Bezüge von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, die hohen Gehälter in der Privatwirtschaft kennenzulernen. Zur Durchführung alles dessen ist eine Reichsinstanz notwendig, die mit den nötigen Vollmachten ausgestattet ist.

Weil gerade in der Großwirtschaft sich Mißstände erheblicher Art gezeigt haben, ist eine Kontrolle der Partelle, Kräfte und anderer monopolistischer Bindungen dringend vonnöten. Diese wurde bereits seit Jahren von den Gewerkschaften gefordert. Im Dezember 1930 hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Initiativgesetzentwurf eingebracht, der nur verwirklicht zu werden braucht, um der Regierung die notwendige Handhabe zum Eingreifen in die Privatwirtschaft zu geben.

Die großen Institute, die das Finanzkapital kommandieren, haben sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Die eigentlichen Risikoträger der Großbanken sind nicht die Aktionäre oder die Geschäftsinhaber, sondern das Reich bzw. die Steuerzahler. Es ist nicht erwiesen, daß sich die Vorfälle bei der Danabank oder bei der Schröderbank nicht wiederholen. Um derartige Manipulationen im Keim zu ersticken, muß eine Bankenaufsicht und eine Heberwachung der Kapitalentzug als dringendstes Gebot der Stunde angesehen werden. Genau so wie die Privatversicherung durch ein Reichsaufsichtsamt überwacht wird, muß dies auch bei den Banken geschehen. Diese müssen in ihrer Geschäftsgebarung einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden. In Verbindung mit der Reichsbank ist ein Apparat zu schaffen, der die Lenkung des Kapitalstromes überwacht und seinen Lauf nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt. Wird ein solches Aufsichtsamt geschaffen, dann ist die Allgemeinheit nicht nur dazu berufen, für Pleiten einzustehen, sondern

es können Schäden in der Fehlleitung des Kapitals von vornherein vermieden werden. Sätte etwas Ähnliches schon seit 1924 bestanden, dann wären die große Fehlrationalisierung und in ihrem Verlauf die Zusammenbrüche wahrscheinlich vermieden worden.

Der Verlauf der deutschen Wirtschaftsentwicklung muß also dahin gehen, die staatliche Einflusnahme auf die Wirtschaft in ein musterträgliches System zu bringen. Von unten nach oben muß eine systematische Durchführung der Wirtschaftskontrolle und der Wirtschaftsaufsicht erfolgen. An die Stelle der Wirtschaftsbaukratie muß die Wirtschaftsdemokratie treten. Die Gewerkschaften weisen hier den Weg, der beschritten werden kann, um solche Vertrauenskrisen, wie wir sie erleben konnten, und unter denen die Arbeiterschaft so sehr gelitten hat, für immer zu verhüten. Die staatliche Gewalt wächst. Ihr Uebergreifen in die Sphäre der privaten Wirtschaft hat sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern als notwendig erwiesen. Selbst der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, hat durch ein ausgeklügeltes System der Statistik und der konjunkturellen Beobachtung ein Mittel gesucht, die Privatwirtschaft genau zu beobachten und nötigenfalls einzugreifen. Was in den letzten Wochen in Deutschland an staatlichen Eingriffen in die Befugnis der Wirtschaft durch Notverordnungen usw. vorgenommen wurde, dürfte in der ganzen Welt einzig dastehen. Wir sehen aber nicht ein, daß dies nur geschehen soll, wenn es brennt. Warum nicht den Brand durch ähnliche Maßnahmen von vornherein verhüten? Staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben sollten nicht wahllos und ziellos erfolgen, sondern einem geregelten Plan gemäß vorgenommen werden. Dann wird das Vertrauen des In- und Auslandes zur deutschen Wirtschaft wiederkehren und solche schädigenden Folgen einer privaten Mißwirtschaft werden der Geschichte angehören.

Die Helfershelfer der Reaktion

Das vom Stahlhelm eingeleitete Volksbegehren zur Auflösung des Preussischen Landtages dient einem völlig eindeutigen Zweck. Preußen mit seiner festen Regierung ist den Herrschenden vom Stahlhelm, den Nazis und den Deutschnationalen seit langem ein Dorn im Auge. Diese Leute wissen ganz genau, daß ihnen mit der Eroberung der Regierungsgewalt im Reich so lange, wenig gedient ist, bis sie nicht auch die Führung in Preußen in Händen haben. Die Preußenregierung war und ist bisher der beste Hort der republikanischen Staatsform. Kein Wunder, daß die im Stahlhelm befindlichen Prinzen, Fürsten, Grafen und ehemalige höhere Offiziere auf Beseitigung dieser Regierung drängen. Dieses Drängen ist auch bei den Nazis, bei der deutschnationalen Junkerfaute und den Schlotbaronen vorhanden.

Die Reaktionen aller Schattierungen in Deutschland haben sich zum Ziel gesetzt eine völlige Rechtlosmachung der Arbeiterschaft. Diesem Zweck soll dienen die Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung, der Tarifverträge und des Schlichtungswesens. Man rechnet so: Haben wir erst einmal die Regierung im Reich und in Preußen in der Hand, dann wird, wenn es nicht anders geht, mit Verordnungen nach und nach das erreicht, was man bezweckt. Militär und Polizei in der Hand der Reaktionen werden dann dafür sorgen, daß die Ruhe aufrechterhalten wird und die Herrschaften zum Ziele kommen.

Ist die Arbeiterschaft rechtlos gemacht, können die Industriellen die Löhne wieder allein festsetzen, dann werden mit Hilfe der Reservearmee der Arbeitslosen der Arbeiterschaft alle Gassen aus dem verlorenen Kriege und aus dem Wiederaufbau der Wirtschaft aufgeräumt. Das ist das Ziel der Kapitalisten! Deshalb der Volksentscheid. Die sogenannten Wirtschaftsführer, auf deren Konto die Zusammenbrüche der Ostbank, der Favag, der Raiffeisenbank,

des Nordwollekonzerns, der Danabank und viele andere Wirtschaftsschwierigkeiten zu buchen sind, wollen der Welt weismachen, daß die Sozialisten in Deutschland an all den Dingen schuld sind. Sie verschweigen die riesigen Fehlinvestitionen, die gemacht worden sind, sie finden kein Wort des Tadels für ihre Klaffgenossen, die Milliarden ins Ausland geschoben haben. Das alles soll verdeckt werden.

Will man das, dann muß man die Macht in Händen haben. Hitler-Bewegung und Stahlhelm werden von der Schwerindustrie und vom Großgrundbesitz gestützt. Die Führer dieser Bewegung arbeiten Hand in Hand mit den geschworenen Feinden der Arbeiterschaft. Beide wollen die Gewerkschaften vernichten, der Arbeiterschaft den einzigen Halt im Leben nehmen.

Dieser Bewegung hat sich nunmehr die KPD angeschlossen. „Roter Volksentscheid am 9. August“ verkündet die „Rote Fahne“ und fordert alle Arbeiter, Angestellte, Beamte und verarmte Mittelständler auf, für diesen Volksentscheid die Ja-Stimme zu geben. Das ist Aufforderung zum politischen und wirtschaftlichen Selbstmord. In blinder Wut gegen die Gewerkschaften vereinen sich die Kommunisten mit den Feinden der Arbeiterschaft. Das Glend, das nach dem Sieg der Reaktion auf Arbeiter und Angestellte herabstinkt, soll dann im Interesse der KPD ausgebeutet werden.

So ähnlich ist noch nie mit den Interessen der Arbeiterschaft gespielt worden. Doch wir haben die Hoffnung, daß die von der KPD mißbrauchten und mißgeführten Arbeiterinnen und Arbeiter nun endlich erkennen werden, welches verwerfliche Spiel mit ihnen getrieben werden soll. Arbeiter und Arbeiterinnen, schließt euch enger an eure Organisation und gebt diesen Helfershelfern der Reaktion den gebührenden Fußtritt.

Kommunistische Verleumder verurteilt

Urteil
gegen den Redakteur der kommunistischen „Neuen Arbeiter-Zeitung“, Hannover.
Abstrich!

Im Namen des Volkes!
Privatklage des Vorsitzenden des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Herrn Karl Thiemig, Hannover, Rathausplatz 3, und des Gauleiters und Gewerkschaftssekretärs Louis Bruns, Frankfurt a. M., Bergerstr. 57,
Privatkläger.

vertr. durch Rechtsanwalt Dr. Julius Kay, Hannover — gegen den Redakteur G. Böhmjen, Leiter Nr. 108, Angeklagten, wegen Verleumdung.

Das Amtsgericht in Hannover hat in der Sitzung vom 1. Juli 1931, an der teilgenommen haben:
Gerichtsassessor Dr. Eben, als Amtsrichter,
Justizsekret. Gerberding, als Urkundsbeamter der Geschäftsst., für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Verleumdung zu einer Geldstrafe von 50 RM — fünfzig —, eventuell zu fünf Tagen Gefängnis, und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Den Verleumdigen, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und dem Gewerkschaftssekretär Louis Bruns in Frankfurt a. Main, wird außerdem die Befugnis zugesprochen,

binnen sechs Wochen nach Empfang der rechtskräftigen Ausfertigung des Urteils, die Verurteilung des Angeklagten je einmal im „Volkswillen“ und der „Neuen Arbeiter-Zeitung“ öffentlich bekanntzumachen. gez.: Dr. Ebert.

Unter obiger Ueberschrift berichteten wir in Nr. 28 des „Keramischen Bundes“ über die Verurteilung des Redakteurs der kommunistischen Zeitung Hannovers wegen verleumderischer Beleidigung. Es handelte sich um die Behauptung, unser Gauleiter in Frankfurt a. M., Kollege Bruns, sei Mitglied des Aufsichtsrats der F. S. Farbchemieindustrie und bezöge 65 000 RM Entschädigung. Wegen der gleichen Verleumdung wurde am 15. Juli der Redakteur der „Roten Fahne“, Richard Krause, zu einer Geldstrafe von 100 RM verurteilt. Dem Kollegen Bruns wurde das Recht zugesprochen, das Urteil nach Rechtskräftigwerden auf Kosten des Verleumders in der „Roten Fahne“ und in der „Frankfurter Volksstimme“ zu veröffentlichen.

Diese öffentlichen Brandmarkungen als Verleumder werden die kommunistischen Sitzredakteure aber kaum abhalten, mit unwahren Behauptungen und lügnerischer Geze weiter gegen den Fabrikarbeiterverband zu wühlen. Ihr Ziel, das Vertrauen der Mitglieder zu ihrer Führung zu zerstören, werden sie allerdings nicht erreichen.

Schluss der Verbandstagsberichte

In der Diskussion zum Referat Großmann meint Kollege Nowack-Harburg: Dem Lohnabbau hätte wirksamer entgegengetreten werden können, wenn die Frage der Arbeitszeitverkürzung mehr und früher propagiert worden wäre. Er begrüßt noch den von Harburg gestellten Antrag, behandelt die Arbeitszeitverkürzung in der Harburger Delinquinenzindustrie und kritisiert die Haltung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Frage der Arbeitszeitverkürzung.

Vassilner-Wittenberg kann den Ausführungen des Kollegen Nowack in der Frage der Arbeitszeitverkürzung und des Lohnausgleichs nicht folgen, sondern teilt die Anschauung des Hauptvorstandes in dieser Frage. Am Schluss begründet er den Antrag Wittenberg und bittet, ihn anzunehmen.

Rühn-Waldburg weist darauf hin, daß die Kollegenschaft diesem Punkt der Tagesordnung die größte Aufmerksamkeit schenkt; denn die Lohn- und Tarifpolitik stehe im Mittelpunkt des Tageskampfes. Die Regierung Brüning machte der Arbeiterschaft großen Schaden, weil sie nur im Lohnabbau und nicht im Preisabbau stark war.

Barth-J-Hannover gibt Aufklärung über die Frage des Lohnausgleichs und der Arbeitszeitverkürzung in Harburg dahin: Für unsere Lohn- und Tarifpolitik bedeutet die große Arbeitslosigkeit ein Gemischnis. Die Arbeitslosen drängen in die Betriebe. Die Radikalisierung der Arbeitslosen ist eine Gefahr in unserem Betätigungsfeld, die von unseren Gegnern gefördert wird mit dem Hinweis, daß die Gewerkschaften an dem gegenwärtigen Kriegszustand schuld sind. Die Reichsregierung will mit der Notverordnung vom 5. Juli 1931 auch durch Verringerung der Arbeitszeit den Arbeitsmarkt entlasten. Wir werden dort verhandeln und für die einzelnen Branchen unseres Verbandes auch über den Lohnausgleich sprechen. Fordern müssen wir aber unter allen Umständen die Einstellungsfrist bei Einführung verkürzter Arbeitszeit. Wirtschaftlich muß auch von Lohnpolitischer Seite die Verkürzung der Arbeitszeit tragbar sein für unsere Verbandsangehörigen, und hier ist dem Reichsarbeitsministerium Gelegenheit gegeben, wenn die Arbeitszeitverkürzung auf dem Verordnungswege erfolgt, die wirtschaftliche Tragbarkeit für die Arbeiterfamilien zu berücksichtigen.

Schauer-Altenburg macht die Feststellung, daß bei einem Streik in Reich gegen Lohnabbau Nationalsozialisten und Kommunisten in den Betrieb liefen und Streikbruch begingen. Wir müssen alles daran setzen, den Jugendlichen einen längeren Urlaub herauszuholen. Bei der Arbeitszeitverkürzung muß mehr Wert auf den Zwang zur Neueinstellung gelegt werden. Müller-Berlin hebt hervor, daß der Hauptvorstand alles getan hat, das Beste bei den Lohn- und Tariffragen für die Mitgliedschaft herauszuholen. In der Papierindustrie wäre ein Lohnabbau nicht nötig gewesen; das ganze maßgebende Herren der Papierindustrie zu. Kollege Senfteil, Agitationsleiter, Hannover, behandelt ebenfalls in ergänzender Weise die Frage der Arbeitszeitverkürzung in der Harburger Delinquinenzindustrie. Stühler, Agitationsleiter, Hannover, erklärt, daß die Einführung der Kurzarbeitswoche nur Zweck habe, wenn damit eine Verringerung der Arbeitskräfte erfolge. In der Papiererzeugungsindustrie führe die Umstellung vom Dreisum Vierstundensystem zum Einstellungsdruck und zur Neueinstellung von rund 10000 arbeitslosen Facharbeitern. Bei den Tagelohnarbeitern könne bei voller täglicher Arbeitszeit die 40-Stundenwoche mit Spritzengehilfen nur dann mit dem Ziele der Neueinstellung arbeitsloser Erfolgserwartung durchgeführt werden, wenn ein strenges Überstundenverbot dahinter trete. Wirtschaftlich tragbar sei die Kurzarbeitswoche für die Papierarbeiter aber nur, wenn ein bestimmter Lohnausgleich erfolge. Müller-Kottbus wünscht eine Arbeitszeitverkürzung und einen Lohnausgleich. Bei Verkürzung der Arbeitszeit jeizt die Leistung, deshalb muß Lohnausgleich gegeben werden. Starke Betriebe sollten die Löhne nicht abbauen. Gail-Stuttgart ist der Meinung, daß bei so wichtigen Entscheidungs-kämpfen wie in der Berliner Metallindustrie die gesamte Arbeiterkraft eingegriffen sollte. Wir hätten den Lohnabbau verhindern sollen. Müller, Hauptvorstand, macht Ausführungen, aus denen hervorgeht, daß die Unternehmer noch weiteren Lohnabbau verlangen und macht bekannt, warum die Streikleitung möglichst bei den Tarifverhandlungen dabei sein muß. Wittig-Steinach bittet um Schutz und Weisheit bei der Vertretung der Interessen der Heimarbeiter, die ja am meisten von Unternehmern bedrängt und ausgebeutet werden. Haupt-Hannover behandelt die Stellung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der chemischen Industrie zur Arbeitszeitverkürzung. Peter Graßmann vom ADGB weist darauf hin, daß der ADGB in der Heimarbeiterfrage alles getan hat, was möglich war. In der Frage des Preisabbaues ist mit den Arbeitgebern verhandelt worden, worauf die Schwerindustrie eingriff und den Lohnabbau in den Vordergrund rückte. Erst müsse eine Senkung der Gesehungslohn eintreten, dann könne erst der Preisabbau kommen, verlangten die Arbeitgeber. Dem trat die Regierung bei, und unsere Macht reichte nicht aus, auf dem Verhandlungswege andere Ergebnisse zu erzielen. Es wäre auch notwendig gewesen, daß die Reichsregierung in der Preisherabsetzung eingegriffen hätte. In der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit gab der Bundesauschuss schon im vorigen Herbst seine Stellung bekannt. Wenn die Gegenseite mitgemacht hätte, wären sicher Hunderttausende von Arbeitskräften in Lohn und Brot gekommen. Den Verbänden können keine Generalrezepte gegeben werden; aber das Drängen der Arbeiterschaft darf nicht aufhören, damit die Forderungen der Gewerkschaften erfüllt werden. Nach dem Hansabund sind wir die kollektivistischen Störer der freien Marktwirtschaft, dagegen müssen wir Stellung nehmen und kämpfen.

Kollege Großmann, Hauptvorstand, gibt in seinem Schlusswort noch einige Aufklärungen über die in der Debatte mit angeführten Punkte. Der Verband nimmt sich mit der gleichen Wärme und Entschiedenheit der Heimarbeiter an wie auch der Betriebsarbeiter. Unsere Lohn- und Tarifpolitik war die Politik des Möglichen; in diesem Sinne wird auch weiter gearbeitet.

Arbeitsrecht und Reichsarbeitsgericht im Lichte der Rechtsprechung.

Das wichtige Gebiet des Arbeitsrechtes behandelt Kollege Karl Schmidt, der Leiter der Rechtsabteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, am Mittwoch nachmittags in einem aufschlussreichen Vortrag unter obigem Titel. Aus Platzmangel ist es nicht möglich, die wichtigsten Ausführungen im Wortlaut zu bringen. Der Redner gab zunächst einen Überblick über das Arbeitsrecht und die Entwicklung des modernen kollektiven Arbeitsrechtes. Mit der Frage der Arbeitsgerichtsbarkeit in neuerer Zeit haben die Gewerkschaften nicht die besten Erfahrungen gemacht. Schmidt selbst als Richter am Reichsarbeitsgericht konnte für diese seine Behauptung mit einer stattlichen Anzahl sehr wenig ermutigender Beispiele aus seiner Erfahrung anführen. Auch in der Arbeitsgerichtsbarkeit seien über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse das Entscheidende. Der Richter sei zu sehr das Produkt seiner Umgebung und seiner Anschauung. Die Rechtsabteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter habe bisher 64 Revisionsanträge zum Reichsarbeitsgericht gebracht, wovon 20 erfolgreich waren. Dabei handelte es sich um einzelnen nun grundsätzliche Entscheidungen von weittragender Bedeutung. Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts wolle sich immer häufiger zum Nachteil

des kollektiven Arbeitsrechtes aus und wache sich immer mehr zu einer Gefährdung der Ansprüche des Arbeiters aus. Diese Rechtsprechung nehme Formen an, von denen sich der Gesetzgeber seinerzeit nichts habe träumen lassen. Man mache nicht selten die Beobachtung, daß das kollektive Arbeitsrecht meist dann in weitgehendstem Maße angewendet wird, wenn es das Interesse der Arbeitgeber erheische. Der Kampf gegen diese Rechtsprechung sei schwer, aber die Arbeiterschaft dürfe in diesem Kampf um eine zeitgemäße Rechtsprechung nicht erlahmen. Es müsse das Rechtsbewußtsein und die Rechtskenntnis in den Köpfen der Arbeiter geweckt werden. Dadurch werde auch das Klassenbewußtsein geschärft. Der Redner schloß mit einem Zitat aus der jüngst erschienenen Broschüre des Amtsgerichtsrats Otto Kahn-Freund über „Das soziale Ideal des Reichsarbeitsgerichts“, in dem es heißt: „Man mache sich klar, welche Machtfülle heute im Reichsarbeitsgericht vereinigt ist. Seit dem Beginn seines Bestehens, also seit drei Jahren, hat das Reichsarbeitsgericht unter Heranziehung der bereits vorangegangenen Rechtsprechung des Reichsgerichts das Arbeitsrecht innerlich von Grund auf umgestaltet. Heute ist das Arbeitsrecht etwas völlig Verschiedenes von dem, was es noch kurz nach dem Kriege gewesen ist, ja es hat sich auch in seiner Gestalt seit der Zeit der Stabilisierung vollkommen gewandelt. War es einstmal ein Hilfsmittel der unterdrückten Klasse zu ihrem Aufstieg, so ist es heute in der Hand des Reichsarbeitsgerichts ein Mittel des Staates zur Niederhaltung von Klassengegensätzen und zum Schutze des Individuums geworden. (Leb, Zustimmung.) Unsere Auffassung und unsere Forderungen zu den Arbeitsrechtsfragen wurden in folgender Entschlieung nieder-gelegt:

„Arbeitsgerichte, in allen Teilen unabhängig von der Justiz, müssen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse ohne juristischen Formalismus Recht sprechen.“

Ausgehend von diesem Beschlusse stellt der Verbandstag in München fest, daß das Arbeitsgerichtsgesetz im Gegensatz zu den erhobenen Forderungen geschaffen wurde.

Die von den Vertretern des Fabrikarbeiterverbandes auf verschiedenen Tagungen ausgesprochenen Beschränkungen bezüglich der Preisgabe der Sondergerichtsbarkeit und des Eingliederns des arbeitsgerichtlichen Verfahrens in das ordentliche Gerichtsverfahren sind leider eingetreten.

Das Reichsarbeitsgericht hat durch grundlegende Entscheidungen in mehrfacher Beziehung die neuzeitliche Entwicklung des Arbeitsrechtes gehemmt. Es ist dadurch sogar die Verletzung des kollektiven Arbeitsrechtes zu befürchten.

Der Verbandstag erucht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, daß sie die von ihr als Initiativanträge dem Reichstag unterbreiteten Anregungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf Verringerung der Tarifvertrags-Verordnung, des Betriebsratsgesetzes und des Bürgerlichen Gesetzbuches („Gewerkschafts-Zeitung“ 1931, Nr. 11) mit Nachdruck vertritt.

Durch eine Gesetzesänderung muß der unsozialen Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts Einhalt geboten und diese in Bahnen gelenkt werden, die dem sozialen Geist und dem Zwecke der Gesetze Rechnung tragen.

Im Interesse einer gesunden Rechtsprechung auf arbeitsrechtlichem Gebiete muß darum die Vöslösung von der Justiz erfolgen. Nur dadurch kann der Zwiespalt zwischen Rechtsprechung und Wirklichkeit erfolgen.

Donnerstag, den 9. Juli 1931

Zur Beratung steht die Arbeit der Statutenberatungskommission. Geiger-Heilbronn berichtet. Die Statutenberatungskommission hat nach ihm alle Möglichkeiten überprüft, was für den Verband notwendig ist, und danach wurde gehandelt. Geiger erläutert eingehend alle Einzelheiten, die berücksichtigt werden mußten, und kommt in seinem Schluß zu der Bitte, die Beschlüsse der Statutenberatungskommission einstimmig anzunehmen.

Bei Verlust eines Mitgliedsbuches soll das neue Buch nicht mehr gegen Entrichtung zweier Wochenbeiträge, sondern eines Wochenbeitrages ausgestellt werden. Geht ein Buch durch Brand verloren, so wird es, falls die Beiträge auf dem Laufenden waren, vom Verbandsvorstand wieder unentgeltlich ausgestellt.

Die Vorschläge des Hauptvorstandes zur Erwerbslosenunterstützung waren in der Statutenkommission heiß umstritten. Es gibt aber gar keinen anderen Weg mehr als den Vorschlag des Hauptvorstandes.

Bei einer Herabsetzung der Bezugszeit von 30 auf 42 Tage beträgt die Herabsetzung der Unterbringung: in den unteren Klassen im Durchschnitt bis zum Beitrag von 140 Pfennig 5 Pfennig pro Tag, in den höheren Wochenklassen 10 Pfennig pro Tag.

In den Beitragsklassen von 160 Pfennig an ist eine Verschlechterung gegenüber der Vorlage des Vorstandes eingetreten, eben zugunsten derer, die mit ihren Beiträgen unter 140 Pfennig liegen. Wir haben zu beweisen, ob wir fähig sind, Einnahmen und Ausgaben des Verbandes in unserer Zeit der Arbeitslosigkeit im Einklang zu halten und die Unterbringungsmöglichkeit zu sichern. Als wir in Hamburg 1928 die Invalidentunterstützung einführen, waren die Wirtschaftsverhältnisse einigermaßen zu überblicken. Das ist heute anders. Bis zum 1. Januar 1931 ist von 13782 Verbandsmitgliedern die Invalidentunterstützung beantragt worden. Mit einer solchen Zahl hatten wir nicht gerechnet. Die Zahl der Invalidenten hat auch deshalb zugenommen, weil die Arbeitsämter häufig jeden, der einigermaßen fränklich war, aus der Arbeitslosenversicherung herausnahmen und als invalid erklärten.

Die Höhe der Invalidentunterstützung richtet sich nach einem Durchschnittssatz. Dieser wird im Jahre 1931 nach den zuletzt entrichteten 364 Vollbeiträgen, im Jahre 1932 nach den zuletzt entrichteten 116 Vollbeiträgen, im Jahre 1933 nach den zuletzt entrichteten 497 Vollbeiträgen, im Jahre 1934 und später nach den zuletzt entrichteten 520 Vollbeiträgen berechnet. Die Mitglieder haben seit 1928, soweit sie sich in einem gewissen Alter befinden, wesentlich höhere Beiträge entrichtet, um eine höhere Unterstützung aus der Organisation zu bekommen. In zahlreichen Fällen sind Mitglieder von einem Beitrag von 1 RM auf 2 RM über 2 RM Beitrag hinaufgegangen, um einen hohen Durchschnittssatz in den letzten 200 Beiträgen herauszubekommen. Daran hat die Gesamtmitgliedschaft kein Interesse. Wenn hier ein kleiner Riegel in den Anfangsjahren vorgezogen wird, ist das nicht mehr als billig gegenüber der Gesamtorganisation.

Die monatliche Unterstüzung beträgt bei 520 Vollbeiträgen das Äquivalent der durchschnittlichen Durchschnittsbeiträge, bei 780 Vollbeiträgen das Dreifache usw. Auch hier sollen jene getroffen werden, die bereits eine Invalidentunterstützung beziehen. Bei den jetzigen Rentenbeziehern mit Einküfuh jener, die bis zum 30. September 1931 ihre Anträge beim Hauptvorstand eingereicht haben, also bis dahin verabschiedet sind, bleibt es bei dem jetzigen Zustand.

Auch in der Frage der Streikunterstützung hat die Kommission mit großer Mehrheit beschlossen, dem Hauptvorstand die Vorlage des Verbandstages zur Annahme zu empfehlen. Daher muß auch die Streikunterstützung eine gewisse Einschränkung erfahren. Auch hier soll bei den Kleinen möglichst wenig oder nichts gekürzt werden, und bei den Großen etwas mehr.

In der 85- und 45-Pf.-Staffel sind die Sätze nahezu gleichgeblieben; dagegen ist bei den Beiträgen über 140 RM der Abbau zum Teil auch außerordentlich stark. Zum Beispiel bleibt in der Beitragsklasse mit 280 RM bei 320 Vollbeiträgen nur noch eine Unterbringung von 45,60 RM übrig.

Die vorgeschlagenen Sätze entsprechen zum großen Teil den dazu gestellten Anträgen.

Die Familienzuschläge haben eine wesentliche Verringerung erfahren. Bei 75-85 Pf. Beitrag sollen sie 90 Pf. ausmachen, bei den Beiträgen von 1-420 RM sollen die Familienzuschläge 120 RM betragen.

Das neue Statut soll am 1. Oktober 1931 in Kraft treten. Wir müssen eben in der gegenwärtigen Zeit dafür sorgen, daß auch in Zukunft genügend Mittel vorhanden sind, um die Leistungen des Verbandes wenigstens annähernd aufrechtzuerhalten.

Die Vorschläge der Statutenberatungskommission werden von den Delegierten keineswegs freundlich entgegen genommen. Zweihundertzwei Redner melbten sich zu diesem beikommstretenden Punkt, dreihundertzwei davon kommen zum Wort, und davon spricht sich die große Mehrheit gegen die Vorlage aus. Die Lage ist gar nicht erfreulich; schließlich müssen sich die Statutenberatungskommission und der Hauptvorstand zu einem Entgegenkommen herbeilassen; es besteht darin, daß die für eine Klasse festgesetzte Höchstsumme der Erwerbslosenunterstützung in 72 und nicht in 78 aufeinanderfolgenden Wochen nur einmal bezogen werden kann. Da der Hauptvorstand diese Beschlüsse noch als Statutenänderung rechtzeitig bekanntmachen wird, verzichten wir in diesem Zusammenhang auf die Wiedergabe der nach dieser Verringerung mit großer Mehrheit angenommenen Beschlüsse.

Freitag, den 10. Juli 1931 (Letzter Verhandlungstag.)

Der Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. ist das Thema, über das Karl Thiemig vom Hauptvorstand referiert. Er gibt Aufklärung über die Bedeutung des Gewerkschaftskongresses und macht bekannt, was der Verband der Fabrikarbeiter in Frankfurt a. M. von sich aus für Forderungen stellen und vertreten wird, ferner klärt er den Verbandsstag darüber auf, in welcher Weise der Gewerkschaftskongress beschickt werden soll. 81 Vertreter stehen dem Verband zu; davon sollen der Hauptvorstand 8 und die Gaue und Zahlstellen 28 erhalten. Thiemig erläutert auch noch die Tagesordnung zum Gewerkschaftskongress. Der Verbandstag ist mit den Vorschlägen des Hauptvorstandes und der Gaue einverstanden. Als Delegierte kommen in Frage: Thiemig, Müller, Prüll, Adler, Schmidt, Parhsch und Anna Jannert-Hannover, sowie Grünzel-Berlin-Charlottenburg und von den Gaue: Schenhardt-Hannover, Deher-Goslar, Tolli-Magdeburg, Krause-Wittorf, Mohl-Berlin, Carow-Stettin, Vogel-Königsberg, Thiemig-Breslau, Lange-Weißwasser, Siegmund-Chemnitz, Ehrler-Dresden, Schneider-Erfurt, Hoffmann-Ilmenau, Meier-Münster, Fischer-Fürth, Dandl-München, Wörner-Stuttgart, Schreiber-Ludwigshafen, Bruns-Frankfurt, Hertwig-Köln, Hilpmann-Hamburg, Milius-Stade, Hering-Düsseldorf.

Es folgt nunmehr das Referat der Kollegin Jannert über: Die Agitation unter den Arbeiterinnen. Der Bericht befindet sich im Frauenteil dieser Nummer.

Nach Erledigung einiger weiterer geschäftlicher Angelegenheiten gibt es, Abschied zu nehmen von den Kollegen August Breh und Emil Girbig, die aus Gesundheitsgründen zurücktreten.

Vorhanden sind nun Karl Thiemig und Albin Karl. Ein dritter Vorsitzender wird nicht gewählt, dafür aber ein im Hauptvorstand sitzender Sekretär, und zwar der Kollege Georg Geiger-Heilbronn. Auch die anderen Vorstandsmitglieder und den Ausschuhvorsitzenden beitätigt der Verbandstag wieder. Als Tagungsort des nächsten Verbandstages wird Breslau bestimmt.

Thiemig gibt zum Schluß noch einen kurzen Ueberblick über die Leistungen des Verbandstages, spricht allen den Dank aus und schließt den Verbandstag um 10 1/2 Uhr mit einem dreifachen Hoch auf den Fabrikarbeiterverband und die internationale Arbeiterbewegung, in das der Verbandstag begeistert einstimmt.

Mächtig erschallt das herrliche Kampflied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, Brüder zum Lichte empor!“

Abschied von Breh und Girbig

Kollege Breh, sichtlich bewegt, hält seine Abschiedsrede, aus der wir hervorheben:

„Ich habe mir im Laufe meiner langen Tätigkeit schließlich ein Recht auf Pause erworben. In meiner Erinnerung stehen noch die ersten Verbandstage und die Anfänge der Organisation mit ihren Einrichtungen und die Wachtung, die sie in gewerkschaftlichen Kreisen erfahren hat. Es war ein schweres Stück Arbeit zu verrichten, und es ist vorwärtsgegangen. Wenn wir heute ein so günstiges Ergebnis vor uns haben, so ist es der gemeinschaftlichen Arbeit zu danken. Die Kollegen in den Betrieben, Fabriken, Arbeitsstätten; die Zahlstellenleitungen und Gauleitungen haben dabei mitgeholfen. Wir können stolz darauf sein. Viele von denen, die mitkalfen, sind nicht mehr und denen, die noch da sind, sage ich Dank. Ich bitte um Entschuldigung: Ich stand im Auge, ein großer Mensch zu sein. Das war ich nie absichtlich. Sollte ich es je gewesen sein, dann war ich auch ein Erzeugnis meiner Umgebung, der kleinen und engen Verhältnisse in unserer Organisation.“

Im Jahre 1907 legten wir mit skandinavischen und österreichischen Genossen die Grundlage zur Internationale der Fabrikarbeiter. Der Krieg hat diese vernichtet. Nach dem Weltkrieg haben wir uns beim Aufbau der zweiten Internationalen der Fabrikarbeiter beteiligt. Den internationalen Gedanken bin ich und die Organisation dank schuldig; denn in der trübten Inflationszeit ermöglichte die Internationale den Aufbau des Verbandes. Wenn unter uns nicht die Einheit und Geschlossenheit geherrscht hätte, wäre es nicht so schnell dahin gekommen. Mit dem Wunsche, daß es dem Verband gelingen möge, die Trennung innerhalb der Arbeiterschaft zu beseitigen und zu überwinden, daß unsere Organisation wachsen, blühen und gedeihen möge, scheidet ich.“

Kollege Girbig: „Nach einer langen Tätigkeit habe ich nun das Pensionsalter erreicht. Mir ist es, als sei es erst gestern gewesen, daß ich mit meiner Arbeit begann. Ich weiß nicht, wie schnell das kam, daß ich so alt wurde. Mein Herz ist doch noch jung. In schwerer Zeit habe ich die Tätigkeit für die Glasarbeiter- und für die Arbeiterbewegung mit geleistet; noch unter dem Sozialistengesetz war das. Heute ist das leichter. Aus kleinen Anfängen erlebten wir in der Gewerkschaftsbewegung einen Aufschwung von größtem Umfange. Er wird noch stärker werden. Wenn heute ein freier Geist herrscht, so zeigt sich darin der Fortschritt. Wenn ich nun nicht mehr an meiner Stelle stehe, dann hoffe ich, den Tag noch zu erleben, an dem von der Arbeiterkraft das Banner der Freiheit für immer aufgefplant wird. In der Hoffnung

Scheide ich, in dem Sinne bin ich bei euch, auch wenn ich nicht mehr arbeite."

Kollege Thiemig: Diese Abschiedsstunde wird allen Verbandsdelegierten der schmerzlichste Teil des Verbandstages sein; denn zwei Kollegen, zwei Führer, zwei Freunde scheiden aus der Leitung des Verbandes und des Keramikbundes. Darauf würdigt Th. die Verdienste der beiden Kollegen in würdiger Weise und hebt gebührend ihre Leistungen hervor.

Die verantwortlichen Gewerkschafter haben im Laufe der Kämpfe hart werden müssen, nüchtern und kühl. Und doch ist, wie die beiden prächtigen Kämpfer beweisen, das Feuer nicht erloschen. Da müssen nun die Besten ihrer Gesundheit wegen die aktive Arbeit verlassen. — Blumen werden gebracht. — Wehmüt ergreift den Verbandsstag, als Thiemig und die anderen den beiden die Hände schütteln, den Führern, die ein Menschenalter hindurch mehr als ihre Pflicht getan, die Organisation mit ihrer ganzen Persönlichkeit erfüllten, die aus den kleinsten Anfängen heraus achtunggebietende Organisationen geschaffen haben mit dem Ziel, die Arbeiterklasse zu befreien. So lagten es Thiemig und Grünzel, während Graßmann an den Gewerkschaftskongress 1922 in Leipzig erinnerte, wie August Vreh mit der organisierten Opposition innerhalb der Gewerkschaften abrechnete, das Treiben entlarvte und unmöglich machte, was ihm kein Gewerkschafter vergessen wird. Vreh und Girbig, so verschieden sie auch im Temperament sind, es waren zuverlässige Kameraden, auf die man bauen konnte, die standen, wenn es notwendig war. August Vreh, der niemandem selbst die unangenehmsten Wahrheiten ersparte, und Girbig, der für das einmal als richtig erkannte Ziel leidenschaftlich kämpfte — ihnen sprach Graßmann, tief bewegt, den Dank der deutschen Arbeiterbewegung sowie R. de Jonge-Amsterdam den Dank der Internationale aus. Leo Wörner-Stuttgart und Vohs-Hamburg schlossen sich an. Kein Auge blieb trocken, als Piesche-Blay mit schlichten Worten den beiden Kämpfern ein kunstvoll gearbeitetes Kristall-Trinkglas überreichte, den Gruß aus der Arbeitsstelle, das Sinnbild der Liebe und des Dankes der Massen. Ein Augenblick der inneren Größe der Gewerkschaftsbewegung!

Solange die Bewegung so seelenstark ist, wird ihr kein Gitter und kein Thäniann etwas anhaben können!

Solange sie in dem Geist August Vrehs und Girbigs weiter schreitet, wird sie alle Mäße der Zeit übersteigen; diese feste Öffnung kam in den Schlussworten von R. de Jonge-Amsterdam und Rees-Deslo lebhaft zum Ausdruck.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit

In der Zeit von Mitte bis Ende Juni d. J. hat sich nach dem Bericht der Reichsanstalt die Arbeitsmarktlage in verschiedenen Umfang gebessert. Bei den Arbeitsämtern waren am 30. Juni noch rund 3 962 000 Arbeitslose gemeldet. Damit ist gegenüber Mitte Juni ein Rückgang um rund 89 000 zu verzeichnen, während im gleichen Zeitraum des Vorjahres nur noch eine Abnahme um rund 5000 stattfand. Gegenüber der Höchstbelastung Mitte Februar dieses Jahres betrug die Zahl der Arbeitslosen auf rund 1 030 000, während er im Vorjahre, in dem der winterliche Höhepunkt der Arbeitslosigkeit allerdings wesentlich niedriger lag, bis Ende Juni nur 725 000 betrug. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ging vom 15. bis 30. Juni um rund 62 000 zurück, und zwar auf 1 414 000. In der Reichsfinanzverwaltung hat ein geringerer Zuwachs um rund 6000 auf rund 940 000 Hauptunterstützungsempfänger stattgefunden.

Auch in unserer Organisation ist die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Gesamtzahl etwas zurückgegangen. Nahrungsmittel, Porzellan und Glasindustrie weisen erhöhte Arbeitslosenzahlen auf. Die Kurzarbeit in der Spielwarenbranche hat sich von 22,2 Ende Mai auf 30,4 Ende Juni erhöht.

Von je 100. Mitgliefern waren arbeitslos:

	Ende Mai			Ende Juni		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	30,1	28,4	29,1	29,1	24,3	28,1
In der Industrie-						
Gruppe:						
Chemie	28,1	21,6	22,8	22,4	21,2	22,1
Papier	19,2	21,2	19,6	17,7	20,0	18,9
Nahrungsmittel	21,5	22,9	21,8	28,6	22,4	23,3
Spielwaren usw.	47,1	35,8	41,0	39,0	31,9	34,0
Sonstige Industrien	40,4	28,3	37,2	39,9	25,4	35,4
Keramischer Bund insgesamt	40,9	30,1	39,0	39,9	30,3	38,1
a) Porzellan	31,6	22,4	28,1	32,3	23,2	28,9
b) Glas	39,3	35,8	38,8	40,5	36,7	40,0
c) Grobkeramik	45,0	40,3	44,6	41,9	38,6	41,6

arbeiteten verlor:

	Ende Mai			Ende Juni		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	16,1	18,6	18,8	15,4	17,1	15,8
In der Industrie-						
Gruppe:						
Chemie	22,7	18,8	21,7	22,3	17,6	21,3
Papier	21,4	25,6	22,2	18,2	20,1	18,6
Nahrungsmittel	15,7	6,2	13,4	14,6	6,5	12,6
Spielwaren usw.	22,1	22,4	22,2	32,8	28,4	30,4
Sonstige Industrien	11,1	11,9	11,3	10,8	10,2	10,6
Keramischer Bund insgesamt	12,7	21,6	14,3	12,3	20,2	13,7
a) Porzellan	30,3	30,1	30,2	30,6	29,7	30,2
b) Glas	10,7	15,4	11,3	8,5	7,4	8,4
c) Grobkeramik	7,8	11,6	8,2	8,2	12,6	8,6

Im meisten zurückgegangen ist die Arbeitslosigkeit in Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Westfalen. Die übrigen Landesarbeitsbezirke weisen eine ganz geringe Abnahme der Arbeitslosigkeit auf. Hoffen wir, daß eine weitere Entlastung eintritt. R. Gr.

Die gemeinwirtschaftlichen Betriebe voran!

Die Büchergilde Gutenberg, die sich infolge ihres ausgedehnten literarischen Programms und ihrer vorbildlichen buchhändlerischen Arbeit ein lebhaftes allgemeines Interesse gesichert hat, ist dazu übergegangen, zusammen mit der für sie arbeitenden Buchdruckwerkstätte und den anderen Abteilungen im Buchdruckerhaus zu Berlin die 40-Stundenwoche einzuführen. Die neue Arbeitszeit und Lohnregelung, die den vom Buchdruckerstand gestellten und von den Unternehmern abgelehnten Forderungen entspricht, trat in der Woche nach Ostern in Kraft. Das technische Personal arbeitet fünf Tage in der Woche, das kaufmännische täglich sieben Stunden, Sonntags fünf. Für die Urlaubszeit wird der vor Inkrafttreten der neuen Vereinbarung gezahlte volle Wochenlohn gewährt. Dank dieser Regelung werden 25 Reueinstellungen vorgenommen. Damit wird die von gewerkschaftlicher Seite geforderte sozialpolitische Aktion in die Praxis umgesetzt und der Defizitlosigkeit gezeigt, daß die von den Vorführern der privatkapitalistischen Wirtschaft oft geringschätzig behandelten oder gehässig geschnitten gemeinwirtschaftlichen Betriebe imstande sind, auch auf diesem Gebiete bahnbrechend voranzugehen.



Helft den Glasheimarbeitern!

Das im Thüringer Wald gelegene Heimarbeitersgebiet der Glaschrischbaum- und Augen-Industrie ist in aller Welt bekannt. Wenig Menschen aber können sich einen Begriff davon machen, unter welchen traurigen Verhältnissen die dortige arbeitame Bevölkerung ihr kümmerliches Dasein fristet. Mehr und mehr jedoch richtet die moderne Arbeiterbewegung ihr Augenmerk auf diese Verhältnisse. Not und Elend waren schon immer ständige Gäste in den engen Tälern und Höhen des Heimarbeitersgebietes. Nie jedoch war das Elend so groß als gegenwärtig. Die Bevölkerung lebt bei übermäßig langer Arbeitszeit einschließlich Frauen und Kinder bei geringem Lohn kümmerlich dahin. Man kümmerte sich wenig darum, was in der Welt, oder wie man dort sagt, was über den Bergen vor sich geht. Alles, was von draußen eindringen versucht, fand seinen Spott, und die Arbeiterschaft fand Abwechslung von den trüben Altersjahren durch Vogelstellen und Vogelsticherei, sowie Spiel und Tanz in den Gasthäusern.

Die Zeit hat sich gewaltig geändert. Die Bevölkerung kommt mehr und mehr dazu, sich mit den Dingen zu befassen, denen man früher absehnend gegenüberstand. Alle Wirtschaftskrisen haben bisher auf die Glasheimindustrie gewirkt, aber noch niemals in einem solchen Ausmaß wie jetzt. Das hat zur Folge, daß die Arbeiterschaft versucht zu lernen, wenn es auch schwer fällt, die wirtschaftlichen Zusammenhänge den Heimarbeitern beizubringen.

Wiel ist schon darüber geschrieben worden, daß das Unternehmertum versucht, die Heimarbeiters gegen die Betriebsarbeiter auszuspielen, und wie man alle Gebel ansetzt, um Sozialleistungen und geregelte Lohnverhältnisse und Arbeitszeit zu beseitigen. Die Behörden stehen nach wie vor diesen Bestrebungen gleichgültig gegenüber, worüber man sich nicht zu wundern braucht, wenn man die Zusammensetzung des Landesparlamentes und der Landesregierung betrachtet. Leider tritt hinzu, daß die Bevölkerung in ihrer Verzweiflung nach jedem Strohhalm greift, dabei glaubt, Rettung zu finden und den Parteien nachläßt, die nicht das geringste Verständnis für die Arbeiterfamilien besitzen. Wie können Fürsten, Generäle und Pensionäre, die in der Nazi-Partei sitzen, wissen, wie dem Heimarbeiters zumute ist. Trotzdem haben leider die Heimarbeiters zahlreich ihre Stimmen für diese Herren abgegeben.

Die Wirtschaftler und alle die Körperschaften, die sich mit Wirtschaftsfragen und sozialer Not befassen, können kein besseres Untersuchungsfeld finden als das Glashausgebiet der Heimindustrie im Thüringer Wald. Erfreulicherweise zeigt sich, daß Arbeiterorganisationen, sowie Schulen, die solche Fragen als wichtig haben, durch die Presse und die Vertreter der Heimarbeiters auf die dortigen Zustände aufmerksam gemacht

wurden und Interesse dafür zeigen. Viele Besucher sind in letzter Zeit in dem Gebiet gewesen und gehen von dort fort mit genügend Erfahrungen, die jederzeit im Interesse der Heimarbeit verwendet und bei den Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen verwertet werden können. Sie versprechen auch draußen, in den Städten alles zu tun, was zum Nutzen der Heimarbeiters sein kann. Aber alle Empfehlungen können nichts nützen, wenn die Heimarbeiters nicht versuchen, sich zu organisieren, um aus eigener Kraft sich ein besseres Los zu schaffen.

Auch in diesem Jahre haben Schulen und Organisationen Lauscha und Umgegend besucht, u. a. die Karl Marx-Schule aus Berlin, die jedes Jahr eine Studienfahrt nach Lauscha unternimmt und dieses Jahr mit 40 Schülern und Schülerinnen dort war. Zu den Besuchern dieses Distrikts gehörten auch 25 Teilnehmer von der Arbeiterwohlfahrt in Berlin, die Heimvolkshochschule Ling aus Gera, Gewerbelehrer aus Proßkalka u. a. mehr. Auch die Genossin Hanna und der Genosse Dr. Brüder vom ADGB waren in Lauscha zu Untersuchungszwecken über die Arbeitslosenversicherung. Weitere Schulen haben sich bereits angemeldet.

Was den Besuchern vor allen Dingen auffällt, das ist, daß die Heimarbeiterschaft trotz der traurigen Verhältnisse, unter denen sie lebt, nicht einig und geschlossen gegen dieses Elend ankämpft. Ebenfalls in den Besuchern aufgefallen, das die von den Heimarbeiters angefertigten Artikel, wie Blumenvasen und dergleichen Gegenstände, in Kaufhäusern kaum zu sehen sind und wenn ja, dann doch nur zu Preisen, die in keiner Verbindung mit den Hungerlöhnen der Glasheimarbeiters zu bringen sind.

Daß man sich auch für die schöne Gegend interessiert und sich darüber wundert, daß so wenig Fremde ihre Ferien dort verbringen, verzieht sich von selbst. Leider sind die nötigen Einrichtungen für den Fremdenverkehr nicht vorhanden. Gewiß sind Anfänge da, es ist zu hoffen, daß immer weitere Kreise sich für dieses Gebiet interessieren werden. Die Heimarbeiterschaft wird dazu übergehen müssen, durch eine gute Organisation ihre Löhne aufzubessern und eventuell durch Umstellung auf andere Glaszeugnisse und durch Förderung des Fremdenverkehrs aus dem heutigen Elend herauszukommen. Es nützt nichts, gleichgültig beiseite zu stehen, im Kartenspiel und ähnlichen Dingen die Zeit zu vertrödeln, sondern jeder muß ernsthaft mithelfen die Verhältnisse zu ändern. Die organisierte Arbeiterschaft wird mit Hilfe der Gewerkschaft alles tun, um eine Besserung der Verhältnisse zu erreichen, was aber nur erfolgreich im Interesse der Gesamtheit sein kann, wenn auch die Gesamtheit endlich einseht, daß der Wille zur eigenen Hilfe vorhanden sein muß.

Betrachtungen aus dem Bull-Konzern in Thüringen

Im Jahre 1905 hat dieser Konzern in Altenfeld seinen Grundstein gelegt und hat sich im Laufe der Jahre auf die umliegenden Dörfer ausgedehnt. Der Zusatz zu dem sich entwickelnden Industriezweig war sehr stark. Deshalb war es auch der Firma immer möglich, die Arbeiterschaft lohnpolitisch unter Druck zu halten. Der Inhaber, Herr Hermann Bull (einmalig auch Arbeiter), hat dieses mit Hilfe seiner Betriebsleitungen recht trefflich verstanden und ausgenutzt. Aus der damaligen kleinen Firma Wiegand & Bull in Altenfeld ist eine große Weltfirma geworden, trotz der ungünstigen Lage für Rohstoffe und Absatzmarkt. Wäre dieses Herr Bull ohne seine fleißige Glasarbeitererschaft möglich gewesen? Waren es nicht die Glasproleten, welche in Thüringen mit ihren fargen Löhnen und Entbehrungen einen millionenkräftigen Konzern kaufen? Der Arbeiterschaft wird es leicht fallen, diese Fragen zu beantworten. Vor nicht allzu langer Zeit ließ die Firma durch den gesamten bürgerlichen Wälderwald die Nachricht verbreiten, daß sie ihre Produktion nach Mitteldeutschland verpflanze, was wir auch nicht bestreiten wollen. Man nannte für die Flaschenfabrikation Produktionsziffern, welche fast den gesamten deutschen Absatz der Flaschenindustrie darstellen. Wie sich nun die Dinge mit dem Deutschen Flaschen-Syndikat entwickelt haben, hat bisher die Defektheit leider nicht erfahren können. Wir haben damals schon den Standpunkt vertreten, daß die Firma mit diesem Geschrei die Thüringer Glasarbeiter bange machen wollte um ihre Existenz und erneut einen Lohndruck vorbereite. Wir hatten uns hierbei nicht geirrt. Wäre nicht eine festgelegte gewerkschaftliche Organisation vorhanden gewesen, dann wäre es der Firma gelungen, den Thüringer Glasproleten unter den chinesischen Kuli herabzudrücken. Trotz

eines mit der Firma getätigten Lohnabkommens, wonach Stückpreise nicht mehr gesenkt werden dürfen, kann festgestellt werden, daß sich die Firma nicht daran hält und mit dem falken Lohnabbau immer noch ihr Unwesen treibt. Hierbei scheint sich der Betriebsleiter des Betriebes in Heubach, Herr Eck, die Gunst des Herrn Bull besonders erwerben zu wollen. Dieser Herr Eck macht sich an, Stückpreise so wie es ihm beliebt, zu diffieren, und wenn dieses nicht paßt, kann sich den Betrieb von draußen ansehen. Und scheint es aber so, als wollte sich Herr Eck in Heubach für das Dritte Reich ausbilden. Die Kollegen werden aber noch rechtzeitig mit Hilfe ihrer Organisation dafür sorgen, daß auch die Waune dieses jungen Herrn nicht in den Himmel wachsen. Die Arbeiterschaft ist im letzten Jahre durch die planmäßigen Stilllegungen der einzelnen Werke wirtschaftlich auf den Hund gekommen. Grund dieser Stilllegungen war angeblich immer Auftragsmangel, die Auswirkung aber waren Lohnabbauforderungen und Zulufordern des Urlaubsantrittes. In einem Falle wurde sogar bei Wiederbetriebnahme eines Ofens in Folge von dem dortigen Betriebsleiter Herrn Wulhacher außer Lohnabbau, Abgabe der Verbandsbücher und ähnliche Dinge mehr gefordert. Ein dreitägiger Streik mit Erfolg war die Antwort der Kollegen. In keinem Falle hat die Demobilisationsbehörde bei Stilllegungsverhandlungen die Einwürfe der Organisationsvertreter stattgegeben; deshalb trägt auch sie die Schuld mit an der außerordentlichen Notlage der Thüringer Waldarbeiter. Trotz dieser Provokationen der Firma ist es ihr nicht gelungen, die Organisation zu überwinden. Erneut geht der Appell an alle Glasproleten: Wahrt eure tarifliche Rechte, macht euch frei von den Verlehen der AGD und dem Nazi-Möbius, bleibt eurer Organisation treu, denn nur diese ist in der Lage, die wirklichen Interessen der Werktätigen zu vertreten.



Nationalisierung und Porzellanarbeiter

Ein neues Fremd- und Schlagwort — Nationalisierung — beherrscht in den letzten Jahren die Gesamtwirtschaft und auch die Porzellanindustrie. Der Bericht des Enqueteausschusses, einer Kommission, die unter anderem auch die Lage in der Porzellanindustrie feststellen sollte, zeigt als die Haupterscheinungen — Nationalisierung und Unternehmenskonzentration. Inwieweit diese beiden wirtschaftlichen Neuererscheinungen bisher mit der Porzellanarbeiterschaft praktisch in Berührung gekommen sind, möge hier an einigen Wahrnehmungen dargelegt werden. Vor allem müssen wir uns in die Zeit der Inflation zurück-erinnern, wo man einen Arbeiter die Woche mit 10 Mark und noch weniger abspießte und diesen Zustand mit dem prächtigen Fremdwort — Inflation — als selbstverständlich hinzustellen versuchte. Die allerneuesten Erscheinungen in den Praktiken der Unternehmer lassen ohne weiteres darauf schließen, daß man mit dem Schlagwort — Nationalisierung — ein ähnliches Geschäft im Auge hat.

Nationalisierung — vernunftmäßige Wirtschaft — ist nicht nur ein neuzeitliches Schlagwort geblieben, sondern die Porzellanbetriebe, vor allem die Grobkeramische, waren in letzter Zeit eifrig tätig, um mehr oder weniger rationalistische Methoden durchzuführen. Selbstverständlich darf noch nicht ohne weiteres angenommen werden, daß, wenn Unternehmer nationalisieren, die Vernunft auch schon förmlich über sie hereinbrechen wäre, und wohl alle Funktionäre in der Porzellanindustrie sind mit diesen sonderbaren Formeln dieser Vernunftwirtschaft des öfteren schon zusammengefallen. Das A und O dieser Vernunftlehre lautet nach Anlegung der Unternehmer: Lohnabbau bei den Arbeiters und niederen Angestellten, die Ansprüche der Arbeiter waren bisher viel zu hoch. Da nun zufälligerweise die anderen Industrien ebenso „vernünftig“ denken, ist es ganz selbstverständlich, daß auf allen Gebieten die Ansprüche und somit auch die Arbeit zurückgehen. Tab von den Auswirkungen solcher Ge-

bankengänge die Porzellanindustrie, die ja ausschließlich nur für „Ansprüche“ arbeitet, doppelt betroffen wird, ist ohne weiteres einleuchtend, und die Porzellanunternehmer werden für die Unterstützung dieser Idee noch schwer bluten müssen.

Den Porzellanarbeiter selbst hat man in der Nachkriegszeit auf das Geleise der höchsten Spezialisierung geschoben, und den Erfolg seiner Mehrarbeit in zwei Wätern: der Inflation und der Goldmarkumrechnung vernunftmäßig in Abzug gebracht. Heute, wo durch Nationalisierung eine Fichtung des Arbeiters in der Porzellanindustrie zu Höchstleistungen gelungen ist, geht man dazu über, sich an Löhne aus früheren Zeiten zu erinnern, und in vielen Fällen bleibt es nicht beim Erinnern, sondern es spielen die Vorkriegslohnverhältnisse beim Vergeben gesteigerter Auftragsarbeiten den Hauptanknüpfungspunkt. Nicht von Vorkriegspreisen sprechen die Unternehmer, sondern ausdrücklich vom Stundenlohn, da die Mehrzahl der Auftragsarbeiter durch die andauernde Steigerung der Arbeitsleistung in vielen Fällen bereits unter den Stückpreis der Vorkriegszeit heruntergefallen, ist es begreiflich, daß nur mit dem Stundenlohn vor früher manöviert werden kann. Daß beim damaligen Festhalten der Stundenleistung mehr verwässert war, wird in weiter Voraussicht verschwiegen. Außerdem, und das ist der Hauptsache, daß in dieser Zeit der „Nationalisierung“ die Arbeitskraft nicht so ausgepreßt werden konnte, können oder wollen die Unternehmer einfach nicht lassen. Auch der Enqueteausschuss, der in seinem Bericht über die Lohnbewegung in der Porzellanindustrie berichtet, zeigt leider nicht, daß die Hauptursachen einer Höherstellung der Löhne gegenüber der Vorkriegszeit einzig und allein durch die Mehrarbeit hervorgerufen wurde.

Für die Nationalisierungstheoretiker ist der Achtstundentag selbstverständlich keine Errungenschaft der Revolution sondern lediglich eine notwendige Tatsache, die aus der vernunft-

mäßigen Errechnung dieser Rationalisten hervorgeht. Vernunft und abermalige Vernunft und gegen Vernunft will nicht gerne jemand Stellung nehmen. Auch die Arbeiter wollen sich einer vernunftmäßigen Wirtschaftsführung nicht hemmend in den Weg stellen. Doch eines müssen wir uns bei allem Geschrei um die Rationalisierung oder Betriebsvernunft ausbitten, und zwar, daß auch unsere heutige Arbeitsleistung nicht „unvernünftig“ mit dem Vorkriegslohn errechnet wird, oder daß man ein heutiges Arbeitstempo oder spezialisierte Höchstleistung „unvernünftigerweise“ nicht anerkennen will.

War es früher einzelner Porzellanarbeitern möglich, neben der Tätigkeit in der Fabrik noch Landwirtschaft, Gartenbau und Kleintierzucht zu betreiben um ihr Einkommen zu steigern, so sind heute diese Nebeneinkünfte restlos der Rationalisierung zum Opfer gefallen. Die Ausbeutung der Arbeitskraft in den Betrieben ist durch die Rationalisierung derart gesteigert worden, daß der durchaus spezialisierte Arbeiter während seiner Freizeit nicht die Kraft aufbringen kann, derartige Nebeneinkommen zu erarbeiten. Also erfährt von dieser Seite der über-

mäßig „hohe Lohn“ ebenfalls einen ganz wesentlichen indirekten Abzug. Die vielfachen Bemerkungen über die viele Freiheit der Porzellanarbeiter gegenüber der Vorkriegszeit dürften nach diesen Feststellungen ebenfalls nicht zur Richtigkeit bestehen.

Die immer mehr in Erscheinung tretende Unternehmungskonzentration ist eine unbedingte Folge der Rationalisierung, da ja sonst von einer solchen nicht gesprochen werden könnte, wenn jeder Betrieb einzeln geleitet werden und alle dadurch entstehenden Unbilligkeiten mit schwerem Geld bezahlt werden müßten. Außer einer Reihe von wirtschaftlichen Vorteilen birgt die Verschmelzung der Betriebe selbstverständlich auch Gefahren, wie sie sich hauptsächlich in der letzten Zeit der Betriebsstilllegungen zeigten.

Eines jedoch muß beachtet werden, die Zeit der Trusts und Konzerne, der rückichtslosen Steigerung und Ausbeutung der Arbeitsleistung, der eiskalten Berechnung des Profits, der ungeheuren Zusammenballung der Betriebe kann nur mit einer Zusammenballung der Porzellanarbeiter in ihrer Gewerkschaft beantwortet werden. S. M. S.

Die Gemeinde im Besitz der Porzellanfabrik Graureuth

Was nun? Diese Frage beschäftigt seit Tagen die Graureuther Porzellanarbeiterschaft, welche mit Recht ein ganz besonderes Interesse an dem vorläufigen Schicksalsabschluß der Graureuther Porzellanfabrik hat. Die Ausschichten auf ein Wiedererblühen des Betriebes, der Jahrzehnte lang die Haupterwerbsquelle des Ortes war und dessen Erzeugnisse auf Weltmarkt gelangten, sind nach wie vor sehr trübe. Der Betrieb ist nicht nur ein Opfer der schlechtesten Zeit und der Wirtschaftsverhältnisse, sondern auch der Inflation und der falschen Spekulation. Die mehr als 1000 Arbeiter, die einst beschäftigt wurden, sind seit Jahren zum Teil brotlos. Im Mai 1925 geriet die Porzellanfabrik in Zahlungsschwierigkeiten, und der Betrieb wurde bei einer stark reduzierten Belegschaft, mit rückständigen Löhnen und Gehältern, vorübergehend aufrechterhalten. Im Januar 1926 mußte der Betrieb geschlossen und die Geschäftsaufsicht beantragt werden, der im Juni desselben Jahres der Konkurs folgte. Steuerschulden von mehreren Hunderttausend Mark, die in der Inflation spielend bezahlt werden konnten, blieben unbezahlt, weil die Werkleitung nicht an das Wunder der Rentenmark glauben wollte und als sie da war, nicht mehr bezahlen konnte. Der Wert des Werkes, das mit den modernsten Maschinen ausgerüstet ist und ein erstklassiges Porzellan besonders für Gebrauchszwecke lieferte, war auf 8 Millionen RM geschätzt. Bei Eröffnung des Konkurses wurde eine neue Schätzung vorgenommen, welche damals 3 358 500 RM ergab. Bei der erfolgten Versteigerung erstand Kommerzienrat Malinina, Berlin, die Anlage für 710 000 RM. Es wurde eine neue Aktiengesellschaft gegründet, und alles hoffte auf Wiedererblühen des Werkes. Die Hoffnungen erwiesen sich als falsch. Es mußte zu einer neuen Versteigerung kommen, in der die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, die eine erste Hypothek von 340 000 RM auf die Fabrik hatte, Meistbietende blieb und die rückständigen Steuern übernahm. Am 30. März d. J. kam es zur dritten Versteigerung auf Verreiben der Grund- und Bodenbesitzer Aktiengesellschaft A.-G. Berlin, an die die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ihre Forderungen abgetreten hatte. Diese Versteigerung verlief wieder ergebnislos, da die Gläubigerin die Lage als zu hoch beanstandete und eine Neuschätzung beantragte. Der angelegte Termin zur Festsetzung des Mindestgebotes wurde verschoben und eine Neuarbeitung vorgenommen. Der Flächenraum des Fabrikgrundstückes beträgt 73 326 Quadratmeter. Nach der oben angegebenen ersten Lage von 3 358 500 RM war der Tagwert am 10. Mai 1928 auf 1 250 000 RM berechnet worden. In der zuletzt erfolgten Neuschätzung im Mai d. J. ist die große Fabrikanlage mit 141 910 RM geschätzt, die Kolonie mit 112 480 RM und das Beamtenhaus in der Fürstentage mit 15 040 RM, sodas das Gesamtobjekt mit 269 430 RM um eine Million niedriger taxiert ist, als nach der schon um 2 Millionen niedrigeren ersten Lage. Bei der darauf angelegten

Versteigerung, an der keine Betriebsinteressenten anwesend waren, blieb die Gemeinde Graureuth Meistbietende mit 151 000 RM. Bei dem angelegten Zuschlagstermin wurde für die genannte Summe die gesamte Fabrikanlage einschließlich der Wohnhäuser der Gemeinde zugeschlagen. Wenn auch augenblicklich daraus keine Erwerbsmöglichkeit für den Ort und ganz besonders für die Arbeiterschaft gegeben ist, so ist der Erwerb dieser Anlage für eine so niedrige Summe vom kommunalpolitischen Standpunkt doch sehr zu begrüßen. Die Gemeindeverwaltung will als erstes die im Betrieb vorhandenen Werkwohnungen ausbauen und verbessern, um den dringenden Wohnungsmangel zu beheben.

Wir wollen hoffen und wünschen, daß dieser Erwerb durch die Gemeinde zum Segen des Ortes und nicht zuletzt zum Segen der langjährigen Erwerbslosen, deren Lage sehr trostlos ist, sich recht bald auswirken möge.

Verständigung über Porzellanabfah

Durch die Presse geht die Nachricht, daß neue Verhandlungen zwischen der deutschen und tschechoslowakischen Porzellan- und Geschirrinindustrie beider Länder über eine planmäßige Regelung des Abfahes. Die Erzeugung in beiden Ländern soll unter Einschränkung der Ueberproduktion und Anpassung an die vorhandenen Absatzmöglichkeiten planmäßig umgestellt werden. Dabei erfährt man, daß in der tschechoslowakischen Industrie vor kurzem ein Inlandskartell der Porzellan- und Geschirrinindustrie gebildet wurde, dem 31 Fabriken beigetreten sind. Interessant ist, daß die tschechoslowakische Porzellan- und Geschirrinindustrie auf dem Inlandsmarkt nur 15 Proz. der Produktion absetzen kann. Es ist zu begrüßen, daß man endlich eingesehen hat, daß die Regelung des Exportabfahes nur durch eine Verständigung zwischen der deutschen und tschechoslowakischen Porzellan- und Geschirrinindustrie erfolgen kann.

Bei Durchführung der jetzt noch in Vorbereitung befindlichen Pläne ergibt sich die Notwendigkeit, daß die Erzeugung dem Absatz entsprechend gesteuert werden muß und unrentable Betriebe wahrscheinlich stillgelegt werden müssen. Im Interesse der Arbeiterschaft muß verlangt werden, daß man bei der Feststellung sogenannter unrentabler Betriebe die notwendige Vorsicht walten läßt. So sehr es zu begrüßen ist, daß man in der Feinkeramischen Industrie der beiden Länder endlich zu einer gewissen Planwirtschaft zu kommen versucht, so kann man doch die Befürchtung nicht unterdrücken, daß auch hier wieder die Gefahr besteht, daß die Arbeiterschaft durch eine allzu schematische Regelung am härtesten getroffen werden kann.



Die Arbeitszeit war bis 1910 unregelmäßig und konnte in Parallele gestellt werden mit der Arbeitszeit für Landarbeiter. Von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang war das Regulaire. Arbeitsordnungen aus den Jahren 1905-1910 legen für den Ziegler eine tägliche Arbeitszeit einschließlich der Pausen von 17-18 Stunden fest. Müde und völlig erschöpft hatten solche Arbeiter nur das Bedürfnis, zu schlafen, sich auszuruhen, um neue Kraft zu sammeln für ihre überaus schwere Arbeit.

In der Kalk- und Zementindustrie sowie in den Tongruben sah es nicht wesentlich besser aus, und naturgemäß hat unter dieser langen Arbeitszeit die kulturelle Entwicklung der Arbeiterschaft stark gelitten.

In den letzten Jahren der Vorkriegszeit trat eine Verkürzung der Arbeitszeit ein, doch war die 12stündige Arbeitszeit die Regel, die im durchgehenden Betrieb oft genug auf 18 Stunden und darüber ausgedehnt wurde.

Noch in der Nachkriegszeit stand der Achtstundentag oftmals nur auf dem Papier, und es erforderte harte Kämpfe, ehe er in den letzten Jahren Wirklichkeit wurde.

Der Herr von Lohhausen

Der schwäbischen Volkszeitung entnehmen wir folgenden Bericht:

Nicht Hunger und Glend, sondern unausstehliche Schikanen trieben den Betriebsleiter Paul Doberenz der Süddeutschen Ziegelwerke Lohhausen in den Tod. Nach wenigen Tagen und Stunden vor seinem Ableben erklärte er seinen Familienangehörigen und Freunden gegenüber, daß er die Verfolgungen und Schikanen des Herrn Direktor Nikola auf die Dauer nicht mehr ertragen könne, und wenn er zugrunde gehe, dann habe kein anderer ihn auf dem Gewissen, als der Herr Direktor Nikola. Der Herr Direktor Nikola und sein famoser Schwiegerohn haben wahrgemacht, was sie sich vorgenommen und wiederholt öffentlich erklärt, daß sie Herrn D. ganz klein machen werden, ja sie haben ihn nicht nur ganz klein gemacht, sondern unter die Erde gebracht. Trägt man nach der Ursache, weshalb D. verfahren mußte, so bekommt man ganz allgemein nur die eine Antwort, daß der künftige Schwiegerohn des Direktors die Stelle des Betriebsleiters einnehmen soll. D. war 27 Jahre bei der Firma tätig, hat sich vom Schlosser zum Aufseher, dann zum Werkmeister und später zum Betriebsleiter emporgearbeitet. Er wurde von der Firma wegen seiner Tätigkeit niemals getadelt, sondern im Gegenteil, wie Jungen bekunden, erhielt er wiederholt öffentliches Lob und Anerkennung; ja es wurde sogar erklärt, daß die Firma durch seine Tätigkeit jährlich 20 000 RM einparen konnte. — Alles ging in Ordnung, die Firma war zufrieden, auch die Arbeiterschaft hat sich wenig beklagt über ihren Betriebsleiter. Nun plötzlich, als vor mehreren Monaten Herr Gellmerier (Schwiegerohn des Herrn Nikola) seinen Einzug hielt, konnte D. nichts mehr recht machen. Im Februar d. J. versuchte man, ihn vollkommen rauszubringen; man legte ihm nahe, er solle selbst gehen; als er dies nicht tat, stellte man ihn vier Wochen zur Disposition. Als man sah, daß es auf diese Weise nicht gehe, ihn loszuwerden, ließ man ihn anfangs März wieder anfangen, degraderte ihn allerdings vom Betriebsleiter zu einem Aufseher über vier Mann, wobei er noch mitarbeiten mußte. Daß man seinen Lohn entsprechend kürzte, ist bei der bekannten Einstellung des Herrn Nikola nicht anders zu erwarten. Herr Nikola beschränkte sich aber nicht allein auf diese Schikanen, sondern er entließ auch seinen Sohn, der ebenfalls bei ihm als Untermeister beschäftigt war.

Zimmer noch das Wohl seiner Familie im Auge behaltend, fügte sich D. diesen durch nichts begründeten Schikanen und verriet sich rechtlich seinen Dienst. Doch Herr Nikola ließ ihn auch diesen nicht ruhig verrichten; täglich überhäufte er ihn mit Kritik und Vorwürfen. All diese ungläublichen Schikanen brachten dem anerkannt fleißigen, tüchtigen und gewissenhaften Menschen die Nerven, und so griff er zum Strichmännchen, mit dem er das durch brutalen Menschenwillen verbitterte Leben beendete. Größte Erregung bemächtigte sich der Arbeiter, die ihren Meister achteten und die an ihm verübten Gemeinheiten kannten. Doch wenn sie noch einen geringen Zweifel hegten, daß Herr Nikola der Schuldige an seinem Freitode ist, so wurden sie sofort eines anderen belehrt; denn Herr Nikola mutete den Leuten zu, sie sollen nach außen hin sagen, D. habe sich nicht vergiftet, sondern er sei einem Schlaganfall erlegen. Nachdem sich die Arbeiterschaft und die Bevölkerung klar geworden, daß nur einzig und allein die Rücksichtslosigkeit des Herrn Nikola den überall geachteten D. in den Tod trieb, steigerte sich die Erbitterung gegen ihn aufs höchste, was ihm natürlich nicht unbekannt blieb. Sein schlechtes Gewissen ließ ihn deshalb vorausahnen, daß es bei der Verdringung zu Demonstrationen kommen könnte, und so versuchte er die Witwe zu bestimmen, sie möge ihren toten Mann nach München überführen und dort feuerbestatten lassen, für die entstehenden Mehrkosten würde er aufkommen. Die Frau Doberenz lehnte die Zumutung ab, denn sie sah keinen Grund, den Schüligen am Tode ihres Mannes vor dem Jorne der Bevölkerung zu schützen. So verblieb es bei der Verdringung am Orte selbst und Herr Nikola — o Schicksalsjüngling — fiel die Repräsentationspflicht zu, im Namen der Firma seinem Opfer die letzte Ehre zu erweisen. Gewiß, eine sehr unbehagliche Aufgabe für Herrn Nikola — und dazu das Bewußtsein, daß er sich in seinen Kreisen seit langem um den letzten Rest seines Ansehens gebracht hat. So entschloß er sich, um sich vor der Erregung der Verdringungsteilnehmer zu schützen, von drei Kriminalschuldeuten aus Grabgruben zu lassen. Aber sie nickten ihm nicht viel, denn Gefühlsüberungen und Erbitterung sind keine greifbaren Wesen, die können nicht verhaftet werden. Und so mußte Herr Nikola den Jorne der Anwesenden über sich ergehen lassen, er konnte seinem Opfer keinen Nachruf widmen, was ihm seine Repräsentationspflicht gebot, denn Worte, wie: „Galte das Maul, du Schuft, schmeißt ihn hinad in die Grub, denn er gehört fort von der Welt“ usw. fielen über ihn her. Er wählte deshalb der Tapferkeit besseren Teil, warf den Kranz hin und verduftete. —

Sein Schwiegerohn zog es vor, das Weite zu suchen. Er ist verwundet, hoffentlich kehrt er nicht wieder zurück. Sein beschränktes Gewissen ließ ihn auch Unannehmlichkeiten befürchten, deshalb bestieg er nicht in Lohhausen, sondern irgendwo anders die Bahn.

Die „Volkswochi“ berichtet noch von einem Fall Kries. Auch dieser Meister griff zum Selbstmord. Glücklicherweise blieb es beim Versuch. Kries konnte am Leben erhalten bleiben, ebenso



Die Arbeitszeitverkürzung in Ziegeleien

Die langanhaltende Wirtschaftskrise erfordert, daß alle Wege, die sich bieten, uns aus der Wirtschaftskrise herauszuführen zu können, beschritten werden. Von den Gewerkschaften ist immer wieder gefordert worden, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit als eines der gegebenen Mittel zu betrachten ist, welches neben anderen Maßnahmen einen Schritt weiter auf dem Wege zur Überwindung der Krise uns bringen würde. Mit dem Gutachten der Brauns-Kommission ist nach Ansicht der Gewerkschaften nicht viel anzufangen. Auch nach der neuesten Novellierung soll nur durch Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Industriellen eine freiwillige Vereinbarung über Verkürzung der Arbeitszeit getroffen werden. In einigen Industriezweigen ist das durchgeführt worden und die Möglichkeit geschaffen, eine Anzahl Arbeitsloser neu einzustellen. Aber die überwiegende Anzahl der Arbeiter verhalten sich einer Arbeitszeitverkürzung gegenüber ablehnend. Dazu gehören auch die Ziegeleibetriebe. Die Gründe, die von den Ziegeleibetrieben angeführt werden, sind nicht stichhaltig. In mehreren Artikeln der Fachzeitschriften der Ziegeleibetriebe wurde zu der Frage der Arbeitszeitverkürzung Stellung genommen. In Nr. 33 der „Industriezeitung“ können wir lesen, daß durch die Arbeitszeitverkürzung ein Lohnausfall für die Ziegler von 17 Proz. in Erscheinung trete, weil ein Lohnausgleich unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht möglich sei. Auch sei eine Verkürzung der Arbeitszeit, gleichviel, ob mit oder ohne Lohnausgleich, gleichbedeutend mit dem Exportsverlust der Ziegler.

Gewiß wollen wir nicht verkennen, daß bei dem Übergang zur vierzig-Stundenwoche Schwierigkeiten auftauchen. Aber unsere Erachtens sind diese Schwierigkeiten nicht so groß, daß sie nicht überwunden werden könnten. Die Arbeitszeit der Ziegler muß verkürzt werden; beide Seiten müssen Opfer bringen, damit die Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozess eingereiht werden können. Daß eine Verkürzung der Arbeitszeit gleichbedeutend mit dem Verlust der Ziegler-Belegschaft sein soll, will uns bei dem besten Willen nicht einleuchten. Wenn angeführt wird, daß bei Einführung einer kürzeren Arbeitszeit und dadurch benötigten Einstellung von Arbeitslosen die Sozialkosten steigen würden, so leuchtet aus solchen Argumenten nur die kurzfristige volkswirtschaftliche Einstellung des Artikelschreibers. Es dürfte auch dem Artikelschreiber nicht unbekannt sein, daß in anderen Industriezweigen, wo eine Verkürzung der Arbeitszeit und Neueinstellungen erfolgt sind, teilweise überhaupt keine Steigerung, in anderen Fällen nur eine geringe Steigerung der Sozialkosten in Erscheinung getreten ist.

Weiter heißt es in dem Artikel: „Die Produktionsanstöße, die sich z. B. schon durch die Einführung des Dreizehnerbetriebes der Brenner und die damit verbundene Verkürzung der Gesamtverleiblichkeit für den Brand auf mehrere

Schulden vergrößert haben, würden weiter anwachsen. Ein Rückgang der Erzeugung würde sich auch schon daraus ergeben, daß z. B. bei den in den Ofen beschäftigten Leuten eine Gewöhnung an die Ofentemperaturen voraussetzung ist. Auch die Arbeit an den Pressen, besonders in Dachziegelbetrieben, erfordert gewisse Vorkenntnisse. Nicht anders ist es mit der Arbeit des Sortierens von Qualitätswaren, wo die Verschiedenartigkeit von Farben und Formen ein durch lange Praxis geschultes Auge notwendig macht. Fehlen diese Voraussetzungen, so sind Produktionsberringerungen oder finanzielle Schäden für das Werk unvermeidlich.“

Wir können mit dem besten Willen dem Artikelschreiber nicht zustimmen, daß durch Einstellung eines weiteren Brenners nicht ebenso gute und einwandfreie Ware gebrannt würde, wie mit weniger Brennern. In vielen Ziegeleien können sich die Besitzer noch nicht einmal vom Zweifelsystem der Brenner trennen. Sie glauben, daß nur dann gute Ware gebrannt würde, wenn zwei Brenner den Ofen bedienen, daß heißt, wenn jeder Brenner die Woche 84 Stunden seinen Dienst verrichtet. Dabei kann zu jeder Zeit auf den Betrieben, wo drei Brenner den Ofen bedienen, nachgewiesen werden, daß genau so gute Ware gebrannt wird, als wo nur zwei Brenner beschäftigt sind. Würde also in erster Linie einmal für alle Ziegeleibetriebe ein Brenner mehr eingestellt, so könnten 100 000 bis 150 000 Tausend Brenner mehr beschäftigt werden, ohne daß darunter das Brennergebnis zu leiden hätte. Lediglich in ans die Auffassung des Verfassers des Artikels, wenn er schreibt, daß ein Rückgang der Erzeugung in der Ziegelei trete, weil sich die im Ofen beschäftigten Arbeiter erst an die Temperaturen gewöhnen müßten. Ziegler, die ihr Fach verstehen, werden über eine derartige Ansicht nur ein mitleidiges Lächeln haben. Andererseits zeugt diese Ansicht aber auch davon, daß der Artikelschreiber wenig von einem Ziegeleibetrieb versteht. Genau so verhält es sich mit seiner Annahme, daß ein Rückgang der Erzeugung auch an den Pressen in Erscheinung trete, wenn die Arbeitszeit verkürzt werde. Wir teilen diese Auffassung nicht, besonders dann nicht, wenn die neu, nicht eingearbeiteten Kräfte zwischen die eingearbeiteten Arbeiter eingegliedert werden.

Aus allen dem Artikelschreiber in den Vordergrund geschobenen Gründen ist zu entnehmen, daß verdrängt wird, die Ziegeleibetriebe vor, vornherein davon abzuhalten, der Frage der Arbeitszeitverkürzung näher zu treten. Wenn sich die Ziegeleibetriebe immer nur auf den Standpunkt stellen, daß andere Volksteile ganz gut Opfer bringen können, wenn sie nur davon verschont bleiben, so ist das sehr kurzfristig gehandelt. Nur, wenn alle Bevölkerungsteile sich bereuenden, Opfer im Interesse der Allgemeinheit zu bringen, werden wir auch diese schwierigen Verhältnisse überwinden.

Konrad Pottjahn, Detmold.

Seine Frau, die infolge des Selbstmordversuches ihres Mannes Tod durch Gift suchte.

So hat Direktor Nikola einen Selbstmord und zwei Selbstmordversuche auf dem Gewissen. Wir glauben kaum, daß er sich dadurch bei seinem Egoismus und seiner Rücksichtslosigkeit befehligt fühlt.

Tariffkündigung in der Kölner feuerfesten Industrie zum 31. Juli 1931

Das rastlose Bestreben, die Verdienste der Arbeitnehmer in der feuerfesten Industrie auf den Nullpunkt herabzudrücken, ist das Ziel des Arbeitgeberverbandes der feuerfesten Industrie. Durch die letzte Lohnherabsetzung von 78 auf 74 Pf. war der Tiefstand erreicht, der im Kölner Wirtschaftsgebiet an Tariflöhnen gezahlt wird. Außer der Metallindustrie, die dieselben Stundenlöhne für die Hilfsarbeiter hat, ist keine Industriebranche soweit heruntergegangen. Die wirtschaftliche Lage wird von den Unternehmern restlos ausgenutzt. Das geschieht nicht nur für die im Tagelohn Beschäftigten, sondern auch der Arbeiter wird wie eine Pitrone ausgebeutet. In einem Betriebe wird auf Grund der herabgesetzten Löhne durch den Wechsel der Waren der Stundenlohn nicht erreicht. Trotzdem werden die Löhne nicht erhöht, sondern man zahlt einen Ausgleich von 20 Prozent über den Stundenlohn. Diese Arbeitergruppe hatte vor der Lohnherabsetzung einen Lohnerwerb von 50 bis 70 Prozent und jetzt nur 20 Prozent, die aber nicht verdient werden können, sondern als Gabe der Arbeiterschaft freiwillig gezahlt werden.

Die Arbeitsverhältnisse haben sich ganz bedeutend verschlechtert, und nunmehr soll erneut der Arbeiter bluten und mit noch weniger Geld nach Hause gehen. In den Augen der Unternehmer scheint der Arbeiter noch zuviel zu verdienen. Die Unternehmer haben immer noch nicht begriffen, daß der dauernde Tiefstand der Wirtschaft nur darauf zurückzuführen ist, daß die Kaufkraft der Arbeiterschaft auf einmal so enorm geschwächt worden ist.

Die Unternehmer begründen die Tariffkündigung mit der schweren wirtschaftlichen Lage, in der sich die Werke befinden, die aber bei der Arbeiterschaft noch viel schlimmer sich ausgewirkt hat. Für die Zukunft wird der eiserne geschlossene Ring der gewerkschaftlichen Organisation notwendig sein, die Abwehrfront zu stärken. Die Arbeiterschaft wird gut tun, die Einstellung der Arbeitgeber in der Wirtschaftskrise sich zu merken, um auch ihrerseits bei besserem Geschäftsgang stärker als bisher aus der Reserve herauszutreten.

H. Hertwig, Köln.

Kein Mensch will einen Arbeiter-Gesangverein dirigieren!

Bekanntlich hat nach bürgerlicher Auffassung Politik mit dem Lied nichts zu tun. Wenn man doch nicht immer wieder diese bürgerlichen Ideologien überführen könnte! Von einem Arbeiter-Chorleiter wird uns geschrieben: „Es ist zum Verzweifeln! Kein Mensch will einen Arbeiter-Gesangverein dirigieren! In Thüringen ist es nicht allzu verwunderlich, aber in Preußen sieht es auch nicht viel besser aus. Es liegt nicht nur am gesellschaftlichen Vorkost, dem sich die Kollegen aussetzen. Die unaufhörlichen Schikanen machen mit der Zeit müde. Mir persönlich geht man weiter zu — der „Stahlhelm“ ist in fieberhafter Tätigkeit, mich zu befehligen. Solange es irgend geht, wird doch standgehalten.“ — Dieser Genosse hat noch Mut, den politischen Treibern entgegenzutreten. Wie viele aber mögen es vorziehen, sich der „volksgemeinschaftlich-politischen Siebenswürdigkeit“ der nationalpolitischen Politiker zu unterwerfen — oder wenigstens so zu tun. Man sieht aber: Politik und Lied haben bei den bürgerlichen Preisen sofort etwas miteinander zu tun, wenn es gilt, einen politisch mißliebigen Menschen zu bekämpfen. Ja, ja, die bürgerliche Jugend, „Ehrlichkeit“!

Gau- und Zahlstellen

Gaukonferenz in Gau 2

Am 18. und 19. Juli fand in Magdeburg die diesjährige Gaukonferenz statt, an welcher 72 Vertreter der Zahlstellen, 1 Hauptvorstands- und 5 Gauvorstandsmitglieder teilnahmen. Je ein Vertreter der Arbeiterbank und der „Europa“ waren zugegen. Zu Konferenzleitern wählte die Konferenz die Kollegen Gauleiter Tolzki und Frenzel, Magdeburg, als Mandatsprüfer die Kollegen Zwachmann (Galle), Lücke (Magdeburg), Schoof (Neuhaldensleben) und als Schriftführer Wiedenbeck (Helmstedt) und Gand (Tangermünde).

Den Bericht des Gauvorstandes erstattete Tolzki. In einem 46 Folio-Seiten umfassenden gedruckten Bericht, welcher allen Konferenzteilnehmern vorlag, war die Tätigkeit der Gauleitung niedergelegt. Tolzki ergänzte den Bericht und führte ungefähr folgendes aus: Das Jahr 1930 stand im Zeichen der schwersten wirtschaftlichen Krise, die wir je zu durchleben hatten. Er zieht Vergleiche zwischen Krisenzeiten der Vorkriegs-, der Nachkriegs- und der Jetztzeit. Besonders kennzeichnet Tolzki, daß an der Krise das kapitalistische Wirtschaftssystem schuld trage. Er streift den Rückgang der Zahl der Arbeitnehmer in den einzelnen Industrien, der in einigen Industrien ganz enorm eingetreten ist und wodurch die Arbeitslosigkeit so gewaltig anwachsen mußte. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung betont er und hebt hervor, daß wir mit der Verkürzung der Arbeitszeit den Lohnausgleich und die Reueinstellung von Arbeitnehmern verbinden müssen. Das Problem der Arbeitsdienstpflicht wird wegen der hohen Kosten scheitern müssen. Die Gewerkschaften haben von vornherein die Arbeitsdienstpflicht abgelehnt. Zur Organisationsarbeit übergehend, wird von Tolzki das gefährliche Treiben der NSD beleuchtet. Das Organisationsverhältnis ist in den einzelnen Industrien und Bezirken sehr verschieden, und ist aus dem gedruckten Bericht zu ersehen, wo nachgeholfen werden muß. Ueber die Lohnbewegungen im Jahre 1930 berichtet Tolzki, daß mit ganz geringen Ausnahmen die alten Lohnsätze auf ein Jahr verlängert wurden.

Zum Schluß streifte Redner die Jugend- und Frauenfrage und schloß seine Ausführungen mit der Ermahnung, für weiteren Ausbau des Verbandes Sorge zu tragen.

Nach kurzer Diskussion gibt Gille (Stauffurt) den Bericht vom Verbandstag. Fast alle Tagesordnungspunkte, führt er aus, fanden im Zeichen der zur Zeit herrschenden Krise, 229 Delegierte waren auf dem Verbandstag vertreten. Der Inhalt des Referates des Kollegen Frey ist in der vom Verbandstag gegen 2 Stimmen angenommenen Entschließung niedergelegt. Aus dem Bericht des Kollegen Frey war zu entnehmen, daß die Vertragseinnahme zurückgegangen und die Unterstützungsleistung gestiegen ist. Zu den Berichten der Redakteure sind Hauptvorstand und Bundesleitung durch die angemessene Entschließung beauftragt, durch Verhandlungen zu versuchen, wie die beiden Zeitungen zu einer Zusammenlegung werden können. Das Referat des Genossen Wiffel wird auf Beschluß des Verbandstages in einer Broschüre herausgegeben. Ausführlich behandelt Gille die Verhandlungen über die Statutenberatung.

Die Jugendbewegung, insbesondere die Zusammenfassung in Gruppen, hängt von der Zahl der in der Zahlstelle vorhandenen jugendlichen Mitglieder ab. Zu dem Referat über den Gewerkschaftsfortschritt teilt er mit, daß von unserem Gau gemäß Wahl auf dem Verbandstag die Kollegen Gauleiter Tolzki und Krause (Witterfeld) delegiert werden. Zum Schluß ging er auf die Wahl des Vorstandes ein und nahm Stellung zu dem Ausscheiden der Kollegen Frey und Kirbig infolge Alters aus dem Vorstand und forderte auf, zur Ehre der alten Kämpfer mögen alle Funktionäre im Sinne der Alten weiter arbeiten.

In der Diskussion wurden Richtlinien zu den Uebergangsbestimmungen vom alten zum neuen Statut gewünscht und einzelne Monitas gegen die Beschlüsse des Verbandstages werden vorgebracht, auf die Gille im Schlußwort einging.

Ueber „Der Kampf der Betriebsräte im wirtschaftlichen Niedergang“ referierte Kollege Alder. Die Arbeit der Betriebsräte wird ganz besonders durch die Wirtschaftskrise erschwert. Die Unternehmer benutzen gerade die Krisenzeit, um sich an die Betriebsratsmitglieder, die die Interessen der Arbeiter vertreten, zu rächen. Vor allen Dingen die Betriebsräte werden benutzt, um die Betriebsratsmitglieder loszuwerden. Da den Betriebsräten im NSD besonders auch gewerkschaftliche Arbeiten, wie Wahrung über die Durchführung der Tarifverträge usw. übertragen sind, so ist es notwendig, daß wir eine starke Organisation im Betriebe haben, und daß nur freigewerkschaftlich organisierte Betriebsräte gewählt werden dürfen. Die Arbeit der Betriebsräte wird von den Helfershelfern der Unternehmer, den Nazis und den NSD-Leuten, sehr erschwert. Die Betriebsräte werden von denen genau so wie die Gewerkschaftsvertreter als Vertreter der Arbeiterklasse beschimpft.

Wir müssen uns deshalb besonders um die Betriebsräte kümmern. Die Betriebsräte müssen mehr bei Sitzungen der Verwaltung und Funktionäre mit herangezogen werden.

Der Verband hat sich bemüht, den Betriebsräten stets hilfreich zur Seite zu stehen. Wir haben das Handbuch für die Betriebsvertretungen herausgegeben und stellen den Betriebsräten monatlich arbeitsgerichtliche Entscheidungen und volkswirtschaftliche Belehrungen mit der Zeitung „Der Betriebsrat“ zu.

Eine Diskussion zu dem inhaltreichen Referat wurde nicht gewünscht. Durch Zettelwahl wurden zu Verbandsbeiratsmitgliedern die Kollegen Schoof (Neuhaldensleben), Frenzel (Magdeburg), Gille (Stauffurt) und Krause (Witterfeld) bestimmt, und Gauleiter Tolzki konnte die arbeitsreiche Tagung mit einem kurzen Appell zur weiteren Stärkung des Verbandes schließen.

Literarisches

„Nationalsozialismus und Beamtenum“. Von Dr. Helmut Klotz. Verlag der AP-Korrespondenz, Berlin NW 87, Siesmündhol 12; 1931. Preis 50 Pfennig

Der besondere Wert der vorliegenden Schrift ist der, daß die maßgebenden Führer der Hitlerpartei höchstselbst über Theorie und Praxis nationalsozialistischer Beamtenpolitik zu Worte kommen. Tatsache wird an Tatsachen gelehrt, urkundlich belegte Tatsache an urkundlich belegte Tatsache — Wenn das Resultat dieser Methode ein vernichtendes Todesurteil über die Beamtenpolitik der Hitlerpartei ist, dann trägt hieran nicht der Verfasser Schuld, es ist dies vielmehr die Frucht der inneren und äußeren Unwahrhaftigkeit des Nationalsozialismus dem Beamtenum gegenüber. In besonderen Abschnitten wird das Schicksal der Beamten unter dem Faschismus in Italien, in Thüringen, in Braunschweig dargestellt und belegt. Jeder Beamte jeder Kategorie und jeden Grades muß diese Schrift lesen!

Tabellen für Jedermann von Arthur Wazner. Verlag Gebrüder Jäncke, Hannover. Preis 1 RM und 15 Pf. Porto — In dem Buchlein sind alle Tabellen zusammengestellt, die man im täglichen Leben braucht. Grundrechnungsarten, Zinsrechnungen, Maße, Gewichte, Körper-, Flächenberechnungsarten, Gerichtsgebühren, Bevölkerungsstatistik, Geldrechnung, Steuern und noch so manches Wichtige, das man im Laufe des Lebens manchmal zum Nachschlagen braucht. Interessenten mögen sich an den bezeichneten Verlag wenden.

Der Sozialismus und die Frauen. Die Zahl der Frauen, die nicht den Mut oder die Kraft haben, sich mit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen, ist leider noch immer sehr groß. Oft ist es nicht leicht, diese Frauen zum klaren Durchdenken ihres Lebenskreises und zum Erfassen wirtschaftlicher Zusammenhänge zu bringen. Drei kleine Heftchen, die die Sozialdemokratische Partei soeben zur Frauenwerbung herausgab, können da nützliche Hilfe leisten.

Verbandsnachrichten

Ausschlüsse

Ausschlüsse wurden gemäß § 14, Ziffer 2a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Dresden: Erich Worrermann, Mitgl.-Nr. 811 264, Selbstber.: Richard Sommerer, Mitgl.-Nr. 905 703, Kreisberg/Sa.: Willh. Anton, Mitgl.-Nr. 92 290; Ernst Alf. Schiebeler, Mitgl.-Nr. S II 775 215, Magdeburg: Paul Künemann, Mitgl.-Nr. 1153 069, Glogau: Frieda Kunze, Mitgl.-Nr. 128 618.

Arbeitsmarkt

(Anträge unter Chiffre werden nicht aufgenommen.)

Junger lediger Glasmacher, auf Schleif-, Bohrl-, Karben-, Glas-, Wech-, Felde vorblauen und Thermos, sucht Stellung ebent. auch als Gehilfe. Angebote an Franz Franke, Gröben, Landkreis Weitzenfels.



Die Agitation unter den Arbeiterinnen

Auf dem Münchener Verbandstag wurde die Frage der Agitation unter den Arbeiterinnen von der Kollegin Jammert, Hannover, behandelt. Die Rednerin führte unter anderem folgendes aus: Bei der Frauenagitation kommt es darauf an, nicht allein mehr Mitglieder für den Verband zu gewinnen, sondern auch mehr Funktionärinnen und mehr Mitarbeiterinnen zu bekommen. In den Betrieben können wir nur erfolgreich werden, wenn eine Anzahl geschulter Funktionärinnen vorhanden ist. Wir versuchen, in einzelnen Gauen die Kolleginnen in Wochenendkursen, in Konferenzen zusammenzufassen und zu schulen; auch andere Veranstaltungen wurden abgehalten und Erfolge erzielt. Welches Werbegebiet wir haben, geht aus einer Umfrage hervor, bei der 287 Zahlstellen angaben, daß in 2739 Betrieben 160 694 weibliche Personen beschäftigt sind; 83 338 oder 51,88 Prozent davon gehörten dem Verbands an. Als Funktionärinnen waren 2557 Kolleginnen tätig im Betriebsrat, als Vertragskassierinnen, als Ortsverwaltungsmitglieder, als Lohn- bzw. Preiskommissionsmitglieder, als Krankenkassenauschüß- bzw. Krankenkassenvorstandsmitglieder, als Betriebsvertrauenspersonen, als Delegierte und als Referentinnen. Die Anteilnahme der Frauen an den Arbeiten des Betriebsrats stieg in der Verdriftszeit. Einer Anzahl Klagen von Kolleginnen über zu schwere Arbeit und unzureichende gewerkschaftliche Maßnahmen wurde mit Erfolg entsprochen. Zur Frühjahrsagitation kam ein Flugblatt für die Kolleginnen heraus. Arbeiterinnen-Gaue-Kommissionen bestehen in den Gauen 7 und 12. An Bestrebungen, die Frauen zu erfassen und Kolleginnen auszubilden, fehle es nicht.

In der Aussprache kommen Elsa Heimann-Dresden und andere zum Wort. Diese weist darauf hin, daß die Kurse in Sachsen guten Erfolg brachten, daß der Verband alles tun

muß, um die Frauen zu gewinnen, und daß der Gau 7 eine Frauen-Reichskonferenz wünscht. Karl-Hannover hält eine Reichskonferenz für Frauen nicht für notwendig, das könne in den Gauen erfolgreicher durchgeführt werden, was eine Reichskonferenz bringen soll. Maria Nowack-München ist auch der Ansicht, die Agitation des Verbandes unter den Frauen sei dringend notwendig, und alle Mittel müßten angewandt werden. Pühn-Walzenburg berichtet davon, daß es Frauen gibt, die neben ihrer Berufs- und Hausarbeit noch Gewerkschaftsarbeit leisten, was anerkannt werden müsse. Die preussischen Vorchriften der Gewerbeaufsicht über zu schwere Arbeiten in der feineramischen Industrie sollten auch auf andere Länder ausgedehnt werden. Der Frage des Lohnausgleichs bei Frauen- und Männerlöhnen muß erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Käthe Richter-Griehberg machte die Erfahrung, daß mit Konferenzen nicht alles getan ist. Die Agitation muß sich nach den Gebietsverhältnissen richten. Die Versammlungen müssen für Männer und Frauen gemeinsam abgehalten werden. Die Befastung der Zahlstellen gestatten den Besuch von Konferenzen nicht mehr. Die Reichskonferenz für Frauen ist zurückzustellen. Die Machtstellung, die die Frauen gegenwärtig in den Betrieben haben, muß ausgenutzt werden. Wenn die Verbandsorgane einen Roman für die Frauen bringen, regt das die Frauen an, ihre Gewerkschaftsinteressen mehr zu beachten. Der Aufforderung, Kolleginnen nach Wonnitz zu schicken, ist nicht so leicht nachzukommen; denn die Kolleginnen sind vielfach der Mittelpunkt der Familie und haben bei ihrer Abwesenheit keinen Ersatz. Darauf hält Anna Jammert ihr Schlußwort. In diesem fordert sie die Arbeiterinnen auf, sich mehr an der Verbandsarbeit zu beteiligen.

An die Mütter!

Wieder naht der Tag, an dem vor nummehr 17 Jahren das grausame Völkermorden begann. Ein neues Geschlecht wächst heran und bald schied es sich an, mitzutaten und mitzutun in öffentlichen Leben. Um dieses neue Geschlecht geht das Werden. Jede Geisteszüchtung, alle politischen Parteien werden um die jungen Seelen und versuchen sie in ihren Bann zu ziehen. Kein Wunder, das bei diesem starken Werden die Jugend irre wird und nicht den Lebenspfad betritt, der uns dauernden Frieden bringen kann und bringen soll. Große Teile der heranwachsenden Jungen und Mädchen fallen den Maulhelden von rechts und links in die Hände. Man braucht sich nur die Aufzüge der Rechts- und Linkstrabanten anzuheben, um zu erkennen, wieviel mißgeleitete junge Menschenkinder in ihnen zu zählen sind.

Dem Seelenwerden der Kommunisten und Nazis kommen die wirtschaftlichen Verhältnisse zu gute. Ist schon für den reifen Menschen Arbeitslosigkeit sehr schwer zu ertragen, leiden die Älteren unter körperlicher und seelischer Not, viel schlimmer ist die Jugend daran, die sich um die schönste Zeit des Lebens betrogen sieht. Die Jugend fragt meist nicht danach, woher die Not stammt, unter der sie leben muß, sie kennt nicht die wirtschaftlichen Zusammenhänge, sie will schnelle Bänderung der Verhältnisse, will Befreiung aus dem Elend. In ihrer Verzweiflung laufen die Jugendlichen zum Teil denen nach, die zu neuen Kriegen hegen oder jenen, die da glauben, in der gewalttätigen Zerstörung der jetzigen Wirtschaftsordnung das Heil zu finden. Die Jugend hat heißes Blut und glühendes Verlangen nach Lebensfreude, sie will nicht Theorien hören, will nicht Vergangenes durchstöbern. Wie jeder Ertrinkende nach dem Strohhalm greift, um sich zu retten, so glaubt die Jugend an die Versprechungen jener Charlatane, die ihr baldige Befreiung versprechen.

In diesen Kampf um die Seelen unseres Nachwuchses müssen die Mütter stärker als bisher eingreifen. In vieles steht für die neue Generation auf dem Spiele. Gewiß auch unsere Frauen sind verbittert, aber in allem Lebenskampf verlieren sie eines nicht, und das ist die Liebe

zu den Kindern. Erinnert ihr euch nicht, Mütter, an jene Tage, wo die kaum 18jährigen zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Überall in deutschen Lande, selbst auf den kleinsten Bahnhaltungen immer die gleichen Bilder. Weich und rühelos die jungen Burden und dann die Mütter in Tränen gebadet. Und dann zogen diese Jungen hinaus. Noch kurze Zeit kamen die Briefe aus den Garnisonen und dann oftmals Wochen und Monate kein Lebenszeichen. Und im Hause wogten Sorge und Angst. Ist waren Vater und Söhne dranhin im Kriege und immer tiefer grub die Sorge um die Lieben die Furchen im Antlitz der Mutter. Und wie viele haben ihre Männer, ihre Kinder nie wiedergesehen. Aber in den Träumen hörten die Mütter die Anglieder ihrer Angehörigen.

Soll das wiederkommen? Sollen die gleichen Leiden uns noch einmal überdeckt werden oder wollen wir nicht gemeinsam streben, dem neuen Geschlecht die Gefahren vor Augen zu führen, die den Familien drohen. Partei und Gewerkschaften geben sich redlich Mühe, die Jungen auf den rechten Weg zu bringen. Aber ihre Macht ist beschränkt, ihr Kampf um die Seelen wird gehemmt durch die wirtschaftliche Not. Hier müssen die Mütter mit zugreifen. Mütterliche Vermag viel, richtig angewandt, vermag sie alles. Wir Mütter wissen, daß der Kampf der Arbeiterschaft nicht erfolglos gewesen ist. Wir wissen, wie groß die Veränderung im politischen und wirtschaftlichen Leben sind, wenn wir zurückdenken in unsere Jugendzeit. Wohl läßt uns unsere Not wenig Zeit, über Vergangenes nachzudenken, aber wenige stille Minuten genügen, um aus unserem Erfahrungsschatz soviel heraus zu schälen, daß die Unterschiede von Einst und Jetzt uns klar vor Augen treten. Wir wissen, wie schwer jeder Fortschritt erkämpft werden mußte und sind, wenn wir es nur wollen, in der Lage, auf unsere Jugendlichen im richtigen Sinne einzuwirken. Nichtig einwirken aber heißt, der Jugend klar zu machen, daß der Befreiungskampf der Arbeiterschaft ein langwieriger ist, und daß dieser Kampf nicht zu umgehen ist durch Zerschlagung der Wirtschaft, nicht durch Gewalt und nicht durch neues Völkermorden.

G. G.

